Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **11 (1982)**

Heft 102

PDF erstellt am: **18.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

UZ 225
Zentralbibliothek
Zeitschriften-Abteilung
Postfach
8025 Zürich

PP 2500 Biel 1

Nr. 102 Januar 1982 Fr. 1.50

Inserate:
Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel 031 23 28 18

das konzept

In den letzten gut 10 Jahren ist fast bei allen schweizerischen Hochschulen die Revision der gesetzlichen Grundlagen in Angriff genommen worden. Einige dieser Hochschulen berufen sich heute noch auf zum Teil revidierte Gesetze aus dem letzten Jahrhundert. Mit dem starken Wachstum und dem Durchdringen von vermehrt technokratischer Ausrichtung von Lehre und Forschung in den letzten zwei Jahrzehnten haben diese Gesetze ihre Leistungsfähigkeit endgültig eingebüsst. Doch – wo ist es gelungen, die neue Basis zu finden und festzusetzen ? Wo stehen wir heute gesamtschweizerisch ? Welche Interessen stehen sich gegenüber - oder wie setzen sie sich durch ?
Diesen Fragen gehen wir in den folgenden Artikeln nach:
- mit einem Ueberblick über einige grundlegende Charakteristika der heutigen Situation;
- mit Beispielen, welche die lokalen Unterschiede in Voraussetzungen und Vorgehen - auch seitens der Studenten/-innen - aufzeigen wollen (in der letzten Nummer kam bereits Bern mit der Uni-Gesetz-Initiative ausführlich zur Sprache, konzentriert auch auf die Frage/Forderung der Mitbestimmung und Zwangskörperschaft; diesmal steht die ETH-Zürich im Zentrum mit der wiederholten Revision der Uebergangsbestimmungen);
- Oeffnung ist eine alte Forderung fortschrittlicher Studenten und Bildungspolitiker. Intendiert war eine Demokratisierung des Bildungswesens durch Beseitigung regionaler und sozialer Diskriminierung (mit Hilfe von Stipendien, Zulassung ohne Matur etc.). - Was ist daraus geworden ? Eine Untersuchung in Frankreich zeigt einiges davon auf.
Welche Möglichkeiten haben wir Studenten/-innen überhaupt, Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen und dabei zu garantieren, dass sie nicht total zweckentfremdet werden ? Die verschiedenen Vorgehensweisen in der kleinen Schweiz zeigen die Vielfalt von Lösungsversuchen - von Ratlosigkeit?
Eine Arbeitsgruppe des VSU in Zürich will sich mit dem Uni-Gesetz, das im Debakel geendet hat, gar nicht mehr direkt befassen, sondern den Schritt über die Hochschule hinaus suchen – aber nicht als Flucht, sondern als neuer Anlauf, um über die Zusammenarbeit mit Leuten aus anderen Bildungsbereichen erst wieder Fragen der Bildung, zB. nach dem Sinn der Bildung für Person und Gesellschaft, diskussionsfähig zu machen, um von daher Alternativen zum heutigen Funktionieren der Uni zu suchen und in der Oeffentlichkeit zum Tragen zu bringen.
Vermehrt kommt in letzter Zeit die Meinung auf, die bestehenden Institutionen seien nicht mehr verbesserbar, die Lösungen seien ausserhalb zu suchen. Das schlägt sich auch in der zunehmenden Zahl von Studienabbrechern/-innen nieder, die sich ausserhalb der Uni mehr vom Leben versprechen.

Bildung s u n w esen

"Bildungspolitik" ist ein Begriff, der bei vielen, auch aktiven Studenten/-innen immer grosse Skepsis, unangenehme Gefühle, ja spontane Abwehr hervorruft.

Für Studentenpolitiker/-innen ist "Bildungspolitik" das Feld, auf dem sie sich täglich bewegen und das gekennzeichnet ist durch die regelmässige Wiederholung der (gleichen) Forderungen nach neuen Lehrinhalten, Mitbestimmung, Studienreformen ..., vorgetragen in Zeitungen, Flugi's, verschiedensten Gremien innund ausserhalb der Hochschulen und gekrönt von allgegenwärtiger Erfolglosigkeit (Wenn einzelne Reformen mal durchgesetzt werden können, sind sie meist von marginaler Bedeutung und/oder werden nach einiger Zeit möglichst still wieder abgeschafft).

Die übrigen Studenten/-innen erleben diese unermüdlichen "Funktionäre" und "Gremienheinis" (Frauen sind eher selten) als abstrakte, entfremdete Theoretiker, die sich in end- (dh. frucht-) losen Debatten verheizen, selbstbefriedigen – und Gefahr laufen, in Verhandlungen die Forderungen und sich selbst in Kompromissen zu verlieren.

Es gibt kaum mehr klare Vorstellungen über wirkungsvolle bildungspolitische Aktivitäten. Die Institutionen sind verknöchert, erstarrt in Strukturen, die nur noch zwanghaft erhalten werden, die jede Erneuerungsfähigkeit oder gar schöpferische Kraft verloren haben. Es scheint unmöglich, daran zu rütteln – also zwängt sich Student/-in möglichst reibungslos hindurch und hofft auf das Leben danach ...

"Bildungspolitik" lohnt sich nicht, bleibt ein Fremdwort mit unangenehmen Assoziationen.

In der breiten Bevölkerung wird "Bildungspolitik" eigentlich nur (noch?) in einer Form manifest: in der Form von Budgetposten der öffentlichen Hand – und das in einer Zeit allgemeiner Spareuphorie.

Dieses einseitige und abgestellte Bild von Bildungspolitik entspricht ja durchaus dem, was konkret auf diesem Gebiet läuft in Parlamenten, Verwaltungen und Bildungsinstitutionen.
Es entsprich aber ganz und gar nicht dem, was mit der Bildungspolitik auf dem Spiele steht oder den Interessen, die dahinter stehen.

Es ist gerade charakteristisch für die Bildungspolitik unserer Zeit, dass sie sich vordergründig gar nicht um die wesentlichen Fragen dreht. Das hat verschiedene Gründe:

1 Weder pauschal noch punktuell lässt sich politisch ein Konsens über die Ziele der (von) Bildung herstellen.

Ueber die Wünschbarkeit von "mehr Bildung" im Allgemeinen ist man sich zwar offiziell fast durchwegs einig. Nur wenige leisten es sich, in der Oeffentlichkeit um den Fortbestand von "Strassenwischern" und ähnlich "dummen" Berufen zu fürchten – zudem haben wir die "Gast"-Arbeiter ...

Und dann ist ja eine gute Schulbildung grundsätzlich eine gute Sache –
Das schweizerische Schulsystem ist ja in der Welt fast ebenso vorbildlich (Pestalozzi selig ...) wie die schweizerische Demokratie (1848).
Eine gute Schulbildung ist ja Voraussetzung für einen kompetenten Souverain und damit für das Funktionieren der Demokratie – oder !

Im grossen Ganzen orientiert man sich also unter dem Begriff "Bildung" gerne am **aufklärerischen Bildungsideal** – wie man/frau auch in der ganzen Schulzeit laufend zu hören bekommt:
Bildung als Grundlage eines aufgeklärten menschlichen Lebens; einer bewussten Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Welt; einer emanzipierten, eigenständigen Lebensgestaltung:
Souverainität des Einzelnen
Bildung als Voraussetzung für eine offene Meinungsbildung und Auseinandersetzung zu gesellschaftlichen Fragen; eine kompetente demokratische Entscheidfindung:
Souverainität des Volkes

Ziel: Weltbewältigung, Handlungsfähigkeit im Ganzen – als Einzelner wie als Gemeinschaft – Souverainität

Doch, wenn es dann ernster wird, wenn es darum geht, so allgemeines Wohlwollen umzusetzen, ist man sich bald nicht mehr so einig. Dazu nur zwei neuere Beispiele:

1. In der Debatte um die Aufnahme des "Rechts auf Bildung" als Persönlichkeits- oder gar Sozialrecht in die Bundesverfassung gab es heisse Auseinandersetzungen darüber, ob es dabei um "Bildung" oder nur um "Ausbildung" gehen könne – am Ende ist beides durchgefallen.

2. Bei der Behandlung des Berufsbildungsgesetzes wurde lange und heftig gestritten, ob die Lehrlinge ein paar Wochenstunden mehr oder weniger zur Schule (für mehr allgemeinbildende Fächer) gehen dürfen ("müssen").

Während "Bildung" eher ein offener Anspruch ist, sich an allgemeinen, ganzheitlichen Zielen – oder eben Idealen orientiert, ist "Ausbildung" schon etwas überschaubarer: Am Ende einer "Ausbildung" steht ein "Abschluss", eine Prüfung mit einem "Papier" als Quittung – und dann ist es vorerst mal "aus" mit "Bildung". In besseren Fällen besteht die Aussicht auf "Weiterbildung" für die Karriere (nur mit viel Aufwand und dazu Selbstdisziplin); in schlechteren Fällen auch auf "Umschulung" bei Arbeitslosigkeit.

"Aus-Bildung" steht im Zusammenhang mit der Industrialisierung und Vermassung: mit der Herausbildung einer immer höher differenzierten Arbeitsteilung und Spezialisierung in einer immer perfekter durchtechnisierten Arbeitswelt.
Die Bildungsinstitutionen richten sich mit der Zeit immer mehr auf den je aktuellen Arbeitsmarkt aus: gesucht ist technisches Wissen, spezialisierte Einzelfertigkeiten.
Die einstige Handwerkslehre verkommt zur Spezialausbildung für einige Handgriffe am Fliessband – im schlimmsten Falle in Form einer Anlehre.
Der Architekt wird ersetzt durch den Bautechniker, den Statiker, den Betriebswissenschafter etc. etc. – er selbst verkommt im besseren Fall zum Künstler:

Mit der Entfremdung der Arbeit einher geht die Entfremdung der (Aus-)Bildung – Verlust der Souverainität
Zur Straffung und Differenzierung der "Disziplinen" gehört die "Disziplinierung" der Schüler, Lehrlinge, Studenten.

Diese Tendenz zu einseitiger Technisierung, Mathematisierung und damit fachidiotische Engstirnigkeit betrifft nicht nur die Naturwissenschaften.Sie kann in den letzten Jahren vorallem in den Sozial-Wissenschaften schöne Terraingewinne verbuchen:
So müssen zB. an der UNI Zürich die an einem breiteren, integrierten Ansatz von Psychologie interessierten Studenten bereits ernsthaft um ein entsprechendes Lehrangebot bangen, weil die hochspezialisierten Techniker doch so teure Maschinen und Einrichtungen brauchen (vgl. Nr. 00, Nov. 81 von "dk")

Fortsetzung Seite 4

editorial

Liebe Leser,
"das konzept" kommt jetzt zum 3. Mal in der neuen Form zu Euch – und wir hoffen, dass es Euch langsam zu gefallen beginnt.
Für uns von der Redaktion war das Ganze bis jetzt eine recht harte Sache: Nach dem Aussteigen der ehemaligen Redaktion im Sommer war von "das konzept" materiell praktisch nichts mehr da. Die ganzen Produktionsmittel gingen an die WoZ über – inklusive Adresse & Telefonnummer, was für einen Betrieb wie eine Zeitung nicht unbedeutend ist. Zusätzlich zügelte das ganze Knowhow der Zeitung, die über Jahre aufgebauten persönlichen Beziehungen zu Informationsquellen aber auch zu Inserenten, vollumfänglich mit – "das konzept" war abgenabelt. So standen wir also da mit wenig mehr als einen Namen, einer Abo-Kartei und der Idee, eine nationale Zeitung sei nach wie vor notwendig für uns als Organ des nationalen Studentenverbandes (VSS) – aber nicht nur als Blatt für Verbandsnachrichten sondern mehr als Forum zentraler bildungspolitischer Themen, die schwerpunktmässig zur Diskussion gestellt werden sollen. Im Vergleich zum früheren Konzept bringt das einige inhaltliche Beschränkungen mit sich, die aber wettgemacht werden sollen, indem "das konzept" im relativen Vakuum von Bildung, Erziehung und den damit zusammenhängenden sozialen und kulturellen Bereichen in eine wichtige, auch über den schulischen Bereich hinaus, vermittelnde und politisierende Rolle hineinwachsen kann.

Vorläufig beginnen wir damit bei uns selbst naheliegende Fragen: Psychologisierung des studentischen Lebens, Grundlagen des Apparats in dem wir uns bewegen, seine Krise, unsere Kritik und Selbstorientierung, Ausbildung und Beruf . . .

Nun, wir glauben, dass wir mit dieser Nummer bereits ein bisschen zufriedener sein können und dass die Zeitung weiter verbesserungsfähig ist, wenn . . . . – ja wenn:
– Ihr das auch findet und das durch Euer aktives Interesse und Diskussionsbeiträge, Informationen oder Kritik an der Zeitung zum Ausdruck bringt.
– einige von Euch durch ein eigenes Abo und/oder aktive Abo-Werbung etwas dazu beitragen, dass wir auch finanziell über den Berg kommen. Wir brauchen vor allem kurzfristig dringend Abonnenten bis wir die so gut abgegrasten Inserateweiden wieder etwas besser erschlossen haben.
Damit die Zeitung nicht ein jeden Monat den Abonnenten in die Hände regnendes Blatt bleibt, solltet Ihr als Leser nicht beim ersten, finanziellen Hilfeschritt bleiben; Eure 10 Franken (oder mehr!), die Ihr grosszügig einbezahlt habt (oder werdet) lohnen sich erst dann, wenn Ihr die Zeitung auch braucht, wenn Ihr nicht nur auf sie reagiert, sondern aus ihr macht, was Ihr Euch vorstellt.

die Redaktion

Die Uni - ein politisches Exerzierfeld par exellence

Wie schon im letzten "konzept" berichtet wurde, berät die Legislative des Kt. Bern (Grosser Rat) eine Teilrevision des Gesetzes über die Universität. Hauptpunkte aus unserer Sicht zu dieser Teilrevision – nicht zu verwechseln mit unseren eigentlichen bildungspolitischen Forderungen, die wir realistischerweise, beziehungsweise der Not gehorchend, in der Volksinitiative "Uni für Alle" formuliert haben – sind: der erleichterte Zugang zur Uni, die Verankerung einer mehr als nur feigenblättrigen Mitbestimmung, die Beibehaltung der Gesamtstudentenschaft als sog. Zwangskörperschaft.

Ein paar Gedanken zu einigen besonders brillanten Momenten der Debatte:

– Wer aus dem Titel messerscharf schliesst, es gehe im Folgenden um die immer wieder gebrandmarkte, kritische und politische Tätigkeit der Studentenschaften, der liegt falsch. Zwar ist die Studentenpolitik unzweifelhaft ein Exerzierfeld für angehende Jüngpolitiker, wie die studiose Vergangenheit vieler, v.a. bürgerlicher Parlamentarier im Gr. Rat beweist. Das ist allenthalben gut so, stossen sich doch viele junge Böcklein ihre grünen Hörner ab und werden zum formbaren Wachs, aus dem der dynamische, aufstrebende Managertyp in Wirtschaft und Politik gemacht wird.
Dieses here Parlament hat während insgesamt eines ganzen Tages der dreieinhalbtägigen ersten Lesung darüber politisiert, ob die Studentenschaft Bern etwas politisches sei (wie jede andere Organisation in dieser Gesellschaft, die Interessen wahrnimmt und Meinungen vertritt), oder ob sie "unpolitisch" sein solle. Man stellte sich also allen Ernstes die Frage, ob eine Studentenschaft, die wie kaum eine andere Institution mit ihrem Gesicht die politischen Machtverhältnisse im Staat widerspiegelt, aus eben diesem Raum, der sie erst gebiert, herausgehoben werden soll in eine Sphäre der gesellschaftlichen Neutralität, die nur die Wahrnehmung "standes"-bedingter Interessen zulässt.

– Aus der vorwiegend polemischen und somit im landläufigen Sinn politischen Debatte entsprang dann vorerst der Entscheid, die heutige SUB sei zugunsten einer Ersatzlösung abzuschaffen, die man im Rückkommen, also nach Beratung aller Artikel, ausdüfteln wollte.
Damit war das erste Mütchen gekühlt, viele eben noch ins gegnerische Lager hinübergiftelnden Blicke widmeten sich wieder der unterbrochenen Zeitungslektüre – nun ging es ja wieder um Sachfragen und dafür hat man ja seinen Fraktionssprecher. Dass dann im Rückkommen der gleiche Art. 15, eben die ominöse Zwangskörperschaft, nur in einem anderen Kleid wieder aufgetischt wurde, störte plötzlich keinen mehr. Man hatte schliesslich vorgängig in einem Machtakt demonstriert, wo Bartheli im Land der SVP den Most holt und aus dieser Herr-im-Haus-Position heraus konnte man sich ja dazu bequemen, auch einmal etwas Konstruktives zu den Beratungen beizutragen. (Die SVP sitzt auf 74 von 186 Stühlen im Rat.)

– Eine solch beinahe versöhnliche Haltung konnte man sich getrost leisten, nachdem man auch in den Artikeln zur Mitbestimmung die Grenzen der bernischen Politik klargemacht hatte. Nur eine Mitbestimmung, die bei Bedarf d.h. bei allen heiklen Geschäften mit 100o/o-er Sicherheit zu einer Alibimitwirkung reduziert werden kann, ist in Bern geeignet, Forschung und Lehre zu einem gesicherten Fortgang zu verhelfen. Auch bei diesen Artikeln konnte man wieder die "Demonstration der Arroganz der Macht", wie ein SP-Grossrat in Zeitungen schrieb, miterleben: sollte beispielsweise ein Antrag auf einen erweiterten Mitbestimmungsschlüssel in den Fakultäten (von 5:2:1 auf sage und schreibe 5:2:2) gebodigt werden, erhob sich der SVP-Block wie ein Mann, Kopf hoch, Blick stur gerade aus und setzte sich wieder mit dem sicheren Bewusstsein, einmal mehr für den Willen seiner Wähler treu und fest eingestanden zu sein.

– Noch mächtiger fiel das Verdikt jener Arroganz aus, wenn ein Vertreter der POCH oder der linken Grünen zu einem Antrag die Abstimmung verlangte. Auch wenn er nur eine redaktionelle Korrektur verlangte, mit der sowohl die Kommissionspräsidentin (SVP) wie auch der Regierungsrat (FDP) ausdrücklich einverstanden waren; er wurde auch ohne nur eines Gegenvotums für würdig befunden zu sein mit einer einfachen aber machtvollen Turnübung gebodigt. So weit sind wir in unserem Staate Bern dann noch lange nicht, dass in den Protokollen die Annahme eines Antrages einer Gruppierung vermerkt wird, die mehr als nur das landesübliche Mass an Veränderung anstrebt.

– Sehr erstaunlich auch, wie der Gr. Rat die "referendumsfähigen", d.h. die mit dem Referendum drohenden Gruppierungen berücksichtigte. Der Senatsausschuss beispielsweise brauchte nur mit seinen Einwänden und Forderungen von ferne zu winken, schon schwenkte der Rat auf seine Wünsche ein. Ob da nicht die Referendumsfähigkeit gelinde überschätzt wurde? Allein der Anblick von sich unters bare Volk (äh, wie gruusig) mischenden und Unterschriften sammelnden Professoren wäre das Risiko des Referendums wert gewesen.
Die Referendumsfähigkeit der SUB dagegen ist klar (13 000 Unterschriften für "Uni für Alle"), ihre Minimalsforderungen sind es ebenso. Der Begriff "Legislative" hatte ursprünglich den Sinn von gesetzgebend; im Trend von mehr Freiheit – weniger Staat soll sie wohl v.a. die Gesetzgebung verhindern. Diese Diskrepanz hat auch die bürgerliche Presse vermerkt und hat unverhohlen ihre Parteifreunde im Rat aufgefordert, es mit der Machtdemonstration jetzt gut sein zu lassen und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzubesinnen.

– Noch ein Wort zur unpolitischen Uni und ihrem noch unpolitischeren Sekretär: Erstaunt nahmen wir anlässlich einer rektoralen Pressekonferenz die plötzlich recht politische Kommentierung des Ergebnisses der Umfrage zur Beibehaltung der Zwangskörperschaft durch unseren Unisekretär Mürner zur Kenntnis: es seien die 30o/o Nein-Stimmen nicht zu vernachlässigen, die geradezu nach einer Lockerung des Zwangsverbandes i.S. eines Austrittsrechts oder dergleichen schreien würden.
Eine klare politische Aeusserung gegen die Zwangskörperschaft, dies im Namen des Rektorats und dies, nachdem Mürner noch Tage zuvor gejammert hatte, nach seinem maximalen Engagement für ein positives Ergebnis der Umfrage – natürlich bei der nötigen Zurückhaltung eines "Unpolitischen" – erwarte er etwas grössere Anstrengungen der "Studentenfunktionäre" in der gleichen Sache.
Die zufällig fast wortwörtlich gleiche Auslegung des Umfrageergebnisses wie durch den unpolitischen Mürner konnte man dann im Gr. Rat von einem der oben genannten jungdynamischen Freisinnigen hören, also einem Parteikollegen von Mürner.

Die Hochschule hat ganz klar auch ein politisches Mandat:
Der Hochschullehrer muss dazu beitragen, dass sich die Gesellschaft ändert, so dass sich die Wissenschaft frei zum Wohle der Menschheit entwickeln kann. Bert Brecht hat in dem Stück "Leben des Galilei" diesen Konflikt in wenige Worte gefasst, die Galilei, der versagte, als Selbstanklage spricht:
"Ich hatte als Wissenschaftler eine einzigartige Möglichkeit. In meiner Zeit erreichte die Astronomie die Marktplätze. Unter diesen ganz besonderen Umständen hätte die Standhaftigkeit eines Mannes grosse Erschütterungen hervorrufen können. Hätte ich widerstanden, hätten die Naturwissenschaftler etwas wie den hippokratische Eid der Aerzte entwickeln können, das Gelöbnis, ihr Wissenseinzug zum Wohle der Menschheit anzuwenden! Wie es nun steht, ist das Höchste, was man erhoffen kann, ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können. Ich habe zudem die Ueberzeugung gewonnen, dass ich niemals in wirklicher Gefahr schwebte. Einige Jahre lang war ich ebenso stark wie die Obrigkeit. Und ich überlieferte mein Wissen den Machthabern, es zu gebrauchen, es zu missbrauchen, ganz wie es ihren Zwecken diente. Ich habe meinen Beruf verraten. Ein Mensch, der das tut, was ich getan habe, kann in den Reihen der Wissenschaft nicht geduldet werden."

Friedensveranstaltung verboten

Die flippigen Entscheidungstouren der Zürcher Erziehungsdirektion - Ethno-Skandal, Beschlagnahmung des Videofilms, Ausschluss eines Studenten von der Uni - zeigen Wirkung auch auf höherer Ebene: Die Professoren klemmen selber ab, was ihnen eventuell Scherereien mit Gilgens ED eintragen könnte. Beispiel: Die Bresche-Hochschulgruppe an der Uni Zürich (BHG) wollte eine Veranstaltung "Wer den Frieden bedroht?" an der Uni durchführen. Der Senatsausschuss versagte die Bewilligung. Er würgte gleich noch ein zweite Veranstaltung - eine Ausstellung zum Thema 'Zivildienst' - mit ab.

So hat sich das Ganze (laut "zs" 20 und 21/22) in jener Senatsausschuss-Sitzung zugetragen: Das BHG-Bewilligungsgesuch wurde gar nicht erst diskutiert. Die HerrenAusschuss-Mitglieder sagten einfach nein. Erst als die Frage aufgeworfen wurde, wie auf einen zu erwartenden Rekurs zu reagieren sei, nahmen sich die Profs der Sache an. Und mit dem Gummi-Uni-Regulativ hatten sie ein gefügiges Instrument zur Hand, die leidige Sache zu bodigen. Die Bewilligung kann verweigert werden, "wenn die Veranstaltung agitatorisch-provokativen Charakter hat oder wenn die Störung des Unterrichtes oder des allgemeinen Betriebes zu befürchten ist."

In der Presse stand nachher zu lesen, Uni-Rektor Hilty habe sich für die Veranstaltung eingesetzt. Kaum zu glauben, konnte nicht wahr sein und war auch nicht wahr. Hilty stellte sich südlibürgerisch-loyal hinter die Profs - wie er es in einem Schreiben an die Senatsausschuss-Mitglieder zum Ausdruck bringt. Zur Presse/Radio-Ente kam es laut Hilty, weil die bösen Schreiberlinge Hiltys Aesserungen gegenüber einem Radiomann entstellt weitergegeben haben sollen. Hilty hat dem DRS-Mensch laut eigenen Angaben gesagt: "Auf die Frage nach den Gründen der Ablehnung führte ich aus, nach der Auffassung des Senatsausschusses sei die Durchführung der in Frage stehenden Veranstaltung nicht im Interesse der Universität. Man wolle vermeiden, dass die Universität in Demonstrationen der Friedensbewegung hineingezogen werde. Als Herr Weiss mich fragte, ob ich dies persönlich befürchte, verneinte ich dies. ..."

Nun, wie Herr Hilty die Meinung des Senatsausschusses ergründete, nachdem dieser ja inhaltlich nicht diskutiert hatte, bleibt schleierhaft. Ist auch nebensächlich. Entscheidend ist ja, dass die Herren ausgerechnet im Fall der Friedensbewegung und nach vielen Jahren wiedereinmal mittels eines Raum-Verbots - was auf ein Veranstaltungsverbot an der Uni hinausläuft - den anschein geben wollen, als bemühten sie sich doch tatsächlich und mit andauernder Ernsthaftigkeit, die Uni als Ort der lautern Wissensmehrung zu erhalten und aus den Trubeln politischer Wirrware hinauszuhalten - ihre Scheinheiligkeit stinkt zum Himmel.

Basler Studentenschaft:

Verdammt - wir müssen etwas tun!

Mitgliederschwund und Finanzloch haben die Schwäche der Basler Studentenschaft offensichtlich werden lassen. Unter den wenigen aktiven Studenten ist eine heftige Diskussion über die Ursachen entbrannt. Ist eine Strukturreform dringend? Wie können vor allem Studis aus unteren Semestern für eine aktive Studentenpolitik gewonnen werden?

Eine Aktion der Jus-Fachgruppe hat die latenten Probleme der Basler Studentenschaft (StuB) in den Köpfen der mehr oder weniger aktiven Mitglieder wieder wachgerufen. Mit einer kurzfristig einberufenen Notstandssitzung, mit der Drohung aus der StuB auszutreten und den Vorstand abzusetzen, haben sie ihren Aerger unterstrichen. Gründe dafür gibt es genügend: Ein Finanzloch von 4000.- allein vom letzten Semester. Die Mitgliederzahl ist auf 550 zusammengeschrumpft.Nur 4 Studis haben sich bereit erklärt in dem eigentlich neunköpfigen Vorstand mitzuarbeiten. Die StuB-Ratssitzungen waren bisher nur schlecht besucht und die Fachgruppen wurden immer schlaffer. Eine kritische Stimmung in den Vorlesungen ist immer mehr verschwunden und die letzte Kampagne gegen das Lateinobligatorium ist mangels Reaktionen seitens der Studenten gestrandet.

Strenge Selektion, Verschulung und drohende Akademikerarbeitslosigkeit haben das Klima für fortschrittliche Unipolitik verschlechtert. Alte Aktivisten machen ihre Abschlüsse und neue Aktivisten sind nur wenige dazu gekommen.
Das allein erklärt aber sicher nicht die Schwäche der StuB. Konnten doch durch die Krisenstimmung ca. 60 Leute an die StuB-Ratssitzung mobilisiert werden, denen das Fortbestehen einer fortschrittlichen Studentenorganisation am Herzen liegt. Die Jus-Studenten sehen die Probleme vor allem in einer Strukturkrise und schlagen vor, den Vorstand und den StuB-Rat durch eine Koordination der Fachgruppen zu ersetzen. Germanisten wollen die Kompetenzen der Fachgruppen vor allem in finanziellen Belangen vergrössern. Die Historiker sehen darin aber kosmetische Uebungen, die ausser einer Umbennung der Organe nichts ändern

Die Diskussion über die grosse Strukturreform wurde an den gutbesuchten StuB-Ratssitzungen vorläufig begraben. Denn die Mehrheit war sich einig, dass die jetzige Organisationsform, die im Vergleich zum VSS sehr unformel funktioniert, zukünftige Aktivitäten der Basis nicht behindert. Mit Schenkungen und unbefristeten Darlehen der Fachgruppen von 4000 Franken konnten auch die dringensten Schulden bezahlt werden. Mit dem Verzicht des VSS auf den 1300 Franken-Beitrag und dem Verzicht auf eine bezahlte Sekretärin kann das Fianzloch bis Ende des Wintersemesters gestopft werden.
Das Grundproblem bleibt? Wie können wieder mehr Studenten aktiviert werden? Mit welchen Aktionen können die StuB und die Fachgruppen wieder attraktiver und nützlicher werden? Die einzelnen Fachgruppen werden nun hirnen,was für Ideen und Bedürfnisse sie für Aktionen haben, welche Rolle sie der StuB zuordnen. Daraus soll ein Aktionsplan entstehen. In der zweiten Januarwoche wird eine Vollversammlung organisiert.

VSS - es geht weiter!!!

An kritischen Stimmen gegenüber dem VSS und seinem Vorstand hat es – vor allem im letzten Jahr – nicht gefehlt. Es würde zuviel Geld in einem freischwebenden Wasserkopf gesteckt, es bestehe kein Kontakt zu den Studenten, die Strukturen müssten verändert werden, mehr aktiv / weniger reaktiv gearbeitet werden . . .

Für viele trug der "Höhepunkt" der VSS-Krise das Datum 7.7.81. An diesem Delegiertenrat konnte bekanntlich kein Vorstand gewählt werden. Zum Glück haben wir keine "armen Schweine" für ein weiteres Jahr üblicher VSS-Tätigkeit an den Haaren herbeiziehen können! Niemand hat die traditionelle Arbeitsweise und Strukturen des VSS retten wollen!
Aber es hat genug Leute gehabt, die einen nationalen Dachverband nach wie vor sehr wichtig gefunden haben.
Eine Folge war das zweitägige VSS-"Standortseminar" anfangs November letzten Jahres. Neben einer breiten Diskussion im Plenum über den Sinn des VSS wurden ausgewählte Problemkreise in Arbeitsgruppen besprochen. Strukturen – sind sie überhaupt wichtig? Anscheinend krankt der VSS auch an seinen "demotivierenden" Strukturen, obwohl immer wieder betont wurde, die Stärke einer studentischen Vertretung, ihre Fähigkeit 'studentische' Anliegen durchzusetzen, sei von ihren politischen Inhalten bestimmt. Wir diskutierten entsprechend intensiv auch die inhaltliche Frage: auf welchen Themen muss der VSS arbeiten, bzw. auf welche soll er sich beschränken?

Einige Themen stehen nun als Schwerpunkte fest:
a) Stipendienpolitik: beschlossen und schon in vollem Gange ist die Lancierung einer Petition zur Beibehaltung der Bundessubventionen und für ein nationales Stipendiengesetz, das ausreichende Stipendien garantiert. Gleichzeitig wird weiter mit dem Coordinamento degli Studenti Ticinesi zusammengearbeitet (Organisation gegen den massiven Stipendienabbau im Tessin). Die Stipendienkommission des VSS bleibt bestehen und lanciert die Petition.
b) Information: Das Bedürfnis, besser zu informieren, hat sich nun konkretisiert: Der VSS gibt 'das konzept' in enger Zusammenarbeit mit der Redaktion wieder heraus, wobei der Schwerpunkt auf Hochschul- und Bildungspolitik gelegt wird. Die seit letzten Sommer tätige Arbeitsgruppe wird die redaktionelle Arbeit weiterführen.
c) Strukturen: in einer neu gebildeten Arbeitsgruppe wird weiter über sinnvolle VSS-Strukturen diskutiert; daneben sollen Vorschläge erarbeitet werden.
d) Frauenpolitik: die schon seit mehreren Jahren bestehende Arbeitsgruppe führt die Untersuchung über Studienabbruch bei Frauen zu Ende. Das nächste Thema der VSS-Frauengruppe steht noch nicht fest, doch mangelt es nicht an Vorschlägen: Frauengrundstudium, Verhalten von Frauen und Männern im Unibetrieb, Frauen und Wissenschaft, Frauen und Beruf . . .
e) Alternative Uni Schweiz: die schon seit Jahren bestehende Idee, alternatives Lehrangebot zu koordinieren, ist nun auf dem Weg zur Wirklichkeit. Neben der Koordination von schon bestehenden 'alternativen' Seminarien sollen auch eigene Initiativen entwickelt werden. Eine Arbeitsgruppe klärt die Möglichkeiten einer derartigen Tätigkeit ab.
f) Forschungspolitik: Von vielen wird die Notwendigkeit, sich vermehrt damit auseinanderzusetzen und Forderungen zu stellen, betont, doch besteht zur Zeit keine Arbeitsgruppe.
g) Und alles andere wie: Studienreform, Internationales, Medizinerausbildung, Lehrwerkstätteninitiative . . . ist auf Sparflamme heruntergeschraubt worden.

Die Schwerpunkte der VSS-Tätigkeit liegen somit dort, wo Arbeitsgruppen funktionieren, also: Stipendien, konzept, Strukturen, Frauen, Alternative Uni Schweiz. Weitere Schwerpunkte können hinzukommen. Und der Vorstand? Es gibt keinen hauptamtlichen Vorstand, doch eine Arbeitsgruppe "Koordination". Jede VSS-Gruppe delegiert jemanden in diese Gruppe, die zusammen mit der Administratorin die Vorstandstätigkeit weiterführt.
Die Arbeit geht weiter: die Arbeitsgruppen funktionieren weiter, neue sind entstanden, 2 DRs wurden durchgeführt, "das konzept" erscheint . . . Es geht weiter!!!

das konzept
DIE MONATSZEITUNG

Redaktion: Mathias Brüllmann, Urs Diethelm, Pierrot Hans, Marianne Högstedt, Jean-François Steiert

Redaktion und Administration: c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern
Tel. 031 23 28 18
PC-Konto 30 - 24 513

Herausgeber: VSS

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk.

Auflage: 20 000

Abonnemente: 10 Franken oder mehr im Jahr
Inserate: Tel. 01 241 43 37
1-sp mm-Zeile (27 mm): -.62 Fr.

Druck und Versand: Genodruck Biel

SEKTIONEN

Ruf nach mehr Allgemeinärzten im Nationalrat

dürfnisgerechte medizinische Ausbildung und der *Hausarzt* bildeten zwei symptomatische Stichworte, verbunden mit dem Wunsch, dass das ärztliche Niveau nicht sinken dürfe.

Insbesondere wurde versucht, gegen den herrschenden Trend zur Spezialisierung etwas entgegenzusteuern. Gegenwärtig sind in der Schweiz 63 Prozent der Ärzte praktizierende Spezialisten und nur 37 Prozent Allgemeinpraktiker. Untersuchungen haben aber für die Zukunft einen Bedarf von rund 60 Prozent Allgemeinärzten errechnet.

Der Reform, die Ausbildung, die Spital- und Spezialversorgung in der allgemeine Grundlagen auf die allgemeine Grundversorgung zu verlagern, wird damit als gänzlich weg von der Spital- und Spezialmedizin unterbleiben. Derartige Vorschläge, von einer Minderheit der Expertenkommission befürwortet, unterliegen dem Druck der Interessen der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fachgesellschaften und der Facharztverbände.

Bäumlin (sp., Bern) bemängelt verschiedenes, so die Tatsache, dass das vorklinische Studium einseitig naturwissenschaftlich geprägt ist. Gewisse Neuerungen sind zwar vorgesehen, aber sie finden ihren Niederschlag nicht in den Prüfungsfächern. Wir fragen uns ferner, ob man bei der Prüfung noch Allgemeinpraktiker beizieh... Damit könnten auch Kosten gespart werden, sei doch ein Krankheitsfall durchschnittlich beim Allgemeinpraktiker 20 bis 30 Prozent billiger.

Wir ... dort, wo wir etwas zu sagen ... für sorgen, dass die Spitäler Ausbildungsplätze für Allgemeinpraktiker zur Verfügung stellen. Das ist das, was wir in dem Bereich machen könnten. Auch die Ärzte werden sich entsprechende Überlegungen machen müssen. Der Allgemeinpraktiker hat gerade in der Landschaft im ganzen Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens eine entscheidende Schlüsselstellung.

Die paar hundert Dozenten, Assistenten, Mathematiker, Physiker, usw., die in der Schweiz im Bereich der Medizin ihr Unwesen treiben, können beruhigt aufatmen: nach mehr als zehnjährigen Beratungen, Expertenberichtsaustauschmanöver und anderen Ballspielen ist die Medizinalprüfungsordnung wieder zustande gekommen. Allerdings wurde sie in einem Bereich allzustark populären Modetendenzen angepasst, die nur vorübergehende Hirngespinste trotzender Medizinstudenten sind; die eidgenössischen Räte haben sich in ihrer Unkenntnis der Sachlage dazu bewegen lassen, das neue Ausbildungsziel als "Befähigung zur ärztlichen Tätigkeit mit besonderer Berücksichtigung der allgemeinmedizinischen Praxis" zu formulieren. Ursache allgemeiner Empörung ist nun allerdings der VSM (Verband der schweizer Medizinstudenten) geworden, dem zuliebe diese utopische Konzession zum Teil gemacht worden ist; in einer offiziellen Stellungnahme legte dieser Verband folgende Vorwände und Forderungen dar, die wir ihrer Bezugslosigkeit zu jeglichem realistischen Denken wegen unseren geschätzten Lesern nicht vorenthalten wollen:

1. *Wenn im Ausbildungsziel die Befähigung zur ärztlichen Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Allgemeinmedizin gefordert wird, so muss auch der übrige Teil des Reglements entsprechen! Mit diesem Reglement wird aber weiterhin eine Ausbildung ermöglicht, die sich nur an Einzelfächern orientiert. Darin taucht die Allgemeinmedizin widersprüchlicherweise höchstens als weiteres Spezialfach auf, anstatt als tragendes Prinzip verwirklicht zu werden.*
2. *Die Vorklinik bleibt mit dem neuen Reglement praktisch unverändert, eine einseitige, nicht berufsbezogene Selektion aufgrund von naturwissenschaftlichen, theoretischen Kenntnissen bleibt bestehen. Weiterhin werden unter "Studienzeitverlust" naturwissenschaftliche Fächer geprüft und doziert. Wir fordern, dass die naturwissenschaftlichen Programme gekürzt werden zugunsten psychosozialer Fächer, die nachgewiesenermassen bei Studenten auf grosses Interesse stossen und für die Praxis von Bedeutung sind.*
3. *Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die heute im Medizinstudium kaum vorhanden sind, müssen darin einbezogen werden - eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wenn man die Diskussionen um eine ganzheitliche Medizin kennt. Es besteht die Gefahr, dass die Prüfung in "Grundlagen der psychosozialen Medizin" nur auf wenige Vorlesungen in medizinischer Psychologie und Soziologie basiert, und nicht in einen eigenständigen Instituts - und Forschungsrahmen gestellt wird.*

Wie man sieht, hat auch die dem VSM grosszügig angebotene Möglichkeit, an der Vorbereitung eines Entwurfs zur neuen Aerzteprüfungsverordnung mitzuwirken, demjenigen nicht dazu verholfen, eine realistische Einschätzung der heutigen Lage samt den einschränkenden Sachzwängen zu erhalten. Ueber die Zielausrichtung der Räte im Bezug auf vermehrte Gewichtung der allgemeinmedizinischen Ausbildung kann man sich streiten; man muss die Verordnung jedoch so nehmen, wie sie nun steht, will man nicht unser vielfach bewährtes, demokratisches Delegationssystem in Frage stellen, was einer auf kurzfristige Interessen befristeten Selbstzerfleischung gleichkäme. Es sollte aber jedem klar sein, dass die Verwirklichung der nun bestimmten Zielsetzungen erst in etwa zehn Jahren möglich sein wird, d.h. nach der Bewältigung des jetzt noch anfallenden Medizinstudentenberges. Bis dahin sind die jetzigen Bestimmungen, die den heute noch gültigen Zielvorstellungen über Medizinalausbildung durchaus entsprechen, die also durch die Förderung der Lernfähigkeit, daneben auch durch das Vermitteln von fachbezogenem Wissen, den Studenten auf eine praktische Art auf seine zukünftige Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt oder Tierarzt vorbereiten, immer noch gewinnbringend anzuwenden.

Versucht man nun einen Ueberblick über die jetzige Situation zu gewinnen, kann man doch feststellen, dass vorläufig kein tief bewegender Grund zur Beunruhigung da ist: trotz der oben erwähnten Bedenken bringt das neue Reglement keine bedeutsamen Einschnitte in unser bewährtes Gesundheitswesen.

Frank. M. Händel

Friedenswoche VSU - VSETH in Zürich

Mehr Intelligenz für den Krieg?

Zwischen dem 14. und 18. Dezember 81 fanden im Studentischen Zentrum (Leonhardstr. 19, in Zürich) verschiedenste Veranstaltungen zum Thema FRIEDEN statt. Wir hatten diese Woche in der 00-Nummer von "das konzept" angekündigt und möchten nun hier auch etwas davon berichten.
Wir haben dazu zwei Darstellungen erhalten, die sich in der Einführung entsprechen oder ergänzen, was uns die Möglichkeit zu einer Zusammenfassung gegeben hat. Die Stellen, die den Charakter von Stellungnahmen und speziellen Sichtweisen hatten, sind hier als Zitate gekennzeichnet und mögen auch unterschiedliche Ansprüche und Perspektiven illustrieren. (Pierrot)

Die Abteilung Militärwissenschaften an der ETH-Zürich soll ausgebaut werden. Uns droht somit ein zusätzliches Lehrangebot auf "militärwissenschaftlichem" Gebiet. In der momentanen internationalen politischen Lage und der gesellschaftlichen Situation zeugt das von der Arroganz und Unverantwortlichkeit derjenigen, die über die Inhalte von Forschung und Lehre bestimmen.
Arrogant ist es gegenüber allen, die sich – beunruhigt durch die internationale Polarisierung, die im atomaren Rüstungswettlauf ihren Ausdruck findet – in der Friedensbewegung zusammenschliessen. In der momentanen gesellschaftlichen Situation ist es unverantwortlich, die militärische Abteilung als "wissenschaftliche" und gleich mit 4 (vier) neuen Professuren eigentlich neu einzurichten (Bisher übernahm die Abteilung XI nur die Koordination der Militärschulen), da dies auf Kosten anderer Abteilungen geschieht (In der Dozentenplanung vorgesehene, notwendige Professuren in anderen Fachbereichen mussten wieder gestrichen werden) – auf Kosten von Abteilungen, die einen Beitrag leisten können zur Lösung der anstehenden Probleme: Welternährungssituation, Energie/Umweltprobleme, Jugendarbeitslosigkeit ....

"Unseres Erachtens ist der Ausdruck 'Militärwissenschaften' ein Widerspruch in sich. Wissenschaft nach unserem Verständnis muss eine geistige Auseinandersetzung mit der Umwelt zum Wohle des Menschen sein. Dazu ist der Respekt vor jedem Individuum in seiner Einzigartigkeit und der Möglichkeit seiner Selbstentfaltung eine unabdingbare Voraussetzung. Militärisches Handeln dagegen negiert das Existenz- und Entfaltungsrecht des Individuums." (H.Hochreutener)

Keinesfalls dürfen die Vorgänge an der ETH als Ausnahme betrachtet werden. Die Expansion des Militärs und insbesondere des Militarismus schreitet schnell voran. Das alles fällt umso mehr ins Gewicht, als EMD-Kreise bis jetzt ein Friedensforschungsinstitut in der Schweiz erfolgreich verhindern konnten.

Als Protest dagegen hat der VSETH, zusammen mit dem VSU und anderen interessierten Organisationen, die Friedenswoche veranstaltet und gleichzeitig eine Unterschriftensammlung gegen den Ausbau der Abteilung XI lanciert.
Das Ziel der Woche war die Aufarbeitung des Themas Frieden unter folgenden Aspekten:
Militarisierung der Gesellschaft (Informationen und Diskussion zum Gesamtverteidigungskonzept und zum Zivilschutz; Friedensforschung; Podium zur ETH: Forschung, Wirtschaft und Armee; Waffenausfuhr; Atomforschung; Frauen und Militär (Weitzelbericht); Zivildienstinitiative, Militärdienstverweigerung.

"Die AG-Frieden des VSU versuchte, die internationalen politischen Zusammenhänge der Aufrüstung aufzuzeigen, anhand von Filmen, Diaschau und einem Podiumsgespräch: Dr. med. Mörschel (Frankfurt) sprach über die Militarisierung der Aerzteschaft und die Folgen eines Atomkrieges; Prof. Dr. Schau, Gesellschaftswissenschafter (Stuttgart), erklärte die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge im internationalen Rüstungswettlauf. Beide engagieren sich in der BRD-Friedensbewegung (Krefelder Appell). Als dritter Referent war L. Niilus eingeladen, ehemaliger Direktor des Instituts für internationale politische Fragen des ökumenischen Bundes der Kirchen." (AG-Frieden)

Was hat die Woche gebracht ?

"Die ganze Woche fand ein positives Echo und der Saal des Studentischen Zentrums war jeden Abend randvoll. Ich möchte aus dieser Woche ein paar Veranstaltungen, die mir besonders gefielen, herauspicken und kurz beschreiben:

Am Montag trugen drei Frauen vom Schauspielhaus "Gedichte gegen den Krieg" vor, die an den "gesunden" Menschenverstand appellierten und den Irrsinn des Krieges und die Erstarrung der Gefühle beschrieben.
Abends fand ein heftig geführtes Streitgespräch zum Thema "Was ist Friedensforschung" statt. Die Anwesenden konnten sich mit den Argumenten beider Seiten auseinandersetzen und eine eigene Meinung bilden und formulieren.
Dienstag. Wir führten ein Planspiel durch zum Thema Abteilung XI. Alle konnten mitspielen. (Folgende Rollen waren zu besetzen: Studenten an der Abt. XI, Studenten gegen die Abt. XI, Professoren und Schulleitung) Wir sahen die Möglichkeiten sich gewaltfrei gegen eine Institution zu wehren und spürten auch die Grenzen ganz deutlich.
Die Podiumsdiskussion am Abend (ETH, Forschung, Wirtschaft, Armee) überzeugte mich nicht ganz. Die Ansätze im Gespräch waren gut, aber wir hatten, um ein möglichst breites Spektrum abzudecken, zu viele Leute eingeladen, was auf das Gespräch eher hemmend wirkte. Die Frauenkommission hat den Donnerstag organisiert. Zuerst führten sie ein Theater zum Weitzel-Bericht auf. (Komisch, dass es Leute gibt mit so absurden Ideen) Anschliessend Workshops und Diskussionsgruppen, die aktives Mitmachen und nicht nur Konsumieren verlangten.
Wir hoffen, dass der Kampf ums Ueberleben mit dem Friedensfest am Freitagabend nicht einfach aufgehört hat, sondern dass wir in dieser Woche viele neue Leute von der Notwendigkeit der Friedensarbeit überzeugen konnten."
(H. Hochreutener)

"Wir haben Informationen vermittelt und mit den Leuten diskutiert. Trotz wissenschaftlich aufgearbeiteter Daten und kompetenter Referenten, war es nicht möglich, gegen die hartnäckig "neutrale" Haltung anzukommen: Schweizerinnen/Schweizer scheinen sich nicht engagieren zu können. Man/frau bleibt lieber ausgewogen, anstatt klar gegen die Kriegstreiber Stellung zu beziehen und Forderungen anzubringen. Informationen aufnehmen ist eine Sache, Schlüsse daraus zu ziehen und zu handeln eine zweite! Ein unreflektierter Antikommunismus und ein tiefes Misstrauen gegen sozialistische Staaten scheinen auch in den Köpfen von Studentinnen/Studenten verankert zu sein.
Zu den Veranstaltungen kamen hauptsächlich Leute, denen die Erhaltung des Friedens ein Anliegen ist, die aber sonst politisch wenig bis gar nicht engagiert sind. Das brachte insofern Probleme, als die politisch engagierten Studentinnen/Studenten durch Abwesenheit glänzten. Somit fehlten Leute, die sich mit dem nötigen Informationshintergrund nach den Veranstaltungen an den verschiedenen Gesprächsgruppen beteiligt hätten.
Das reflektiert einmal mehr die Krise des VSU. Der Verband hat nicht mehr das Potential, die Arbeit seiner verschiedenen Aktionsgruppen positiv zu unterstützen. Das bewirkt eine zunehmende Abspaltung der AGs, die immer mehr auch eine inhaltliche Eigendynamik entwickeln, während der Verband in seinen Problemen versumpft."
(AG Frieden, VSU)

"Ich möchte auch allen, die etwas organisieren wollen, Mut machen: Unsere Veranstaltungen waren ein durchschlagender Erfolg und hat uns neue Energie gegeben in diese Richtung weiterzuarbeiten."
(H. Hochreutener, VSETH)

PS: *In der nächsten Nummer wird voraussichtlich eine kurze Besprechung der Veranstaltung mit Dr. med. Mörschel über die Militarisierung der Aerzteschaft als exemplarisches Beispiel für die Vereinnahmung "gewöhnlicher" Wissenschaften in Rüstung und Militarisierung erscheinen.*

PPS: *nächste Veranstaltung im StuZ in diesem Themenbereich: siehe "Veranstaltungen", Seite 6.*

das ohne Erneuerung des Abonnements in den Briefkasten flattert! Du kannst aber jetzt das Abo erneuern: für nur Fr. 10.– (Unterstützungsabo Fr. 20.–) bekommst Du 10 Nummern pro Jahr.

Es können aber auch alle anderen 'das konzept' abonnieren! Kein Zwang mehr, in die (Hoch)Schule zu gehen, um 'das konzept' zu holen!

P.S. Wir sind dringend auf Abonnenten angewiesen, wollen wir noch weiter ein gutes 'konzept' herausgeben!

Ich möchte 'das konzept' ab ..... abonnieren:

Name: .....

Vorname: .....

Adresse: .....

.....

Einsenden an: 'das konzept', c/o VSS, Erlachstrasse 9, 3012 Bern.

UNIöffnung

Seit 1945 hat der Aufschwung des modernen Kapitalismus innert kurzer Zeit schwerwiegende Veränderungen im Bildungssystem bewirkt; dies betrifft sowohl qualitative wie quantitative Aspekte der "Oeffnung" des Bildungswesens (einerseits mehr Studenten, andererseits bessere Verteilung im Bezug auf soziale Herkunft aber auch vermehrt Akademiker, die keine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit finden, bessere Vertretung der Frauen an den Unis, usw.); so jedenfalls wird es immer wieder von allen Seiten verkündet: *die Studentenzahlen haben zugenommen, bald wird jeder studieren können, die Hochschulen haben durch die erfolgte Proletarisierung, die eine direkte Konsequenz der steigenden Studentenzahlen ist, ihre Funktion als Stätten zur Ausbildung leitender Persönlichkeiten in unserer Gesellschaft zu einem grossen Teil verloren; es hat, auch wenn man den Arbeitsmarkt betrachtet, heute viel zu viele Studenten, d.h. dass die Universitäten laufend Arbeitslose produzieren. usw., usw....Also muss man entweder die Studentenzahl beschränken oder die Studienmöglichkeiten viel stärker im Bezug auf den existierenden Arbeitsmarkt hin strukturieren.*

Aber stimmen denn diese Aussagen überhaupt? Was hat der Studentenberg denn wirklich bewirkt?

In Frankreich wurde von vier Soziologen diesbezüglich eine Studie durchgeführt, die zu zeigen versucht, dass der Studentenberg und seine Bewältigung zu keiner Demokratisierung des Bildungssystems geführt haben, sondern eher Symptome einer Kristallisierung existierender gesellschaftlicher Strukturen sind.

Die sozialen Schichten, die vor 1959-60 im Bezug auf Vertretung in den Hochschulen am stärksten bevorteilt waren, profitierten auch am meisten von der Zunahme der Studentenzahlen: studierten 1959-60 nur 37 Prozent der Kinder von in liberalen Berufen oder als höhere Kader tätigen Eltern, so waren es 1975-76 über 70 Prozent: für sie ist das Studium zum Automatismus geworden, was es vor zwanzig Jahren noch nicht war; damit wird die Uni ein Faktor zur Vererblichung der Zugehörigkeit zu einer favorisierten gesellschaftlichen Schicht. Dagegen ist der Anteil Arbeiterkinder, dem kein Studium zugänglich ist, in derselben Zeitspanne um 1,1 mal kleiner geworden: ihre Chancen haben praktisch nicht zugenommen.

Eine andere, oberflächlich als "erfreulich" zu bezeichnende Folge: 1959-60 war der Anteil Frauen an den Hochschulen von ca. 40 Prozent, 1977 sind mehr als die Hälfte der Studierenden Frauen (52 Prozent); doch hat diese Zunahme nicht direkt mit der "Oeffnung" der Universitäten zu tun; sie ist viel mehr die Konsequenz von Wertverschiebungen innerhalb der obengenannten favorisierten Schichten (noch mehr als bei den Männern sind es vor allem die Frauen dieser Schichten, die von der Unioffnung profitiert haben); ab 1906-10 steigt der Anteil der Frauen an den Hochschulen regelmässig, das humanistische Bildungsideal wird, zu einer Zeit, wo sich die Ausbildung allgemein immer mehr auf den Arbeitsmarkt ausrichtet, auf die Frauen abgeschoben; erst in den 60er Jahren steigt der Anteil berufstätiger "hochschulgebildeter Frauen" im Verhältnis zur Gesamtzahl der Hochschulabsolventinnen auf über 50 Prozent (1975: 85 Prozent). Dies lässt jedoch nicht einmal innerhalb dieser privilegierten Schichten auf eine grundlegende Haltungsänderung schliessen: die meisten in Hochschulen ausgebildeten Frauen sind nun in früher den Männern vorbehaltenen Berufen oder in "neuen Berufen" (Sekretariat, Wirtschaft, Soziale Berufe....) tätig, doch entsprechen diese Tätigkeiten meist den traditionnel den Frauen zugesprochenen Aufgaben in der Gesellschaft: ihre Rolle hat also nur innerhalb der gesellschaftlichen Umstrukturierungen eine neue Form bekommen, wurde aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Proletarisierung ?

Um eine Proletarisierung der Hochschulabsolventen festzustellen, müsste mensch einerseits eine regelmässige Verminderung der Anzahl Absolventen, die eine"leitende Stelle" übernehmen, andererseits eine steigende Anzahl Absolventen, die sogenannte unterqualifizierte Stellen (Arbeiter, Angestellter) annehmen müssen, beobachten können. Wenn mensch nun Zahlen betrachtet, die die Jahre 1954-1980 betreffen, so stellt mensch fest, dass die Anzahl der Arbeiter tätigen Uniabsolventen ziemlich konstant ist (zwischen 6,4 Prozent 1962 und 1,6 Prozent 1972; 1980: 3,3 Prozent). Auch wenn die Angestellten (ohne "höhere Angestellte"), deren soziale Stellung sich der sozialen Stellung der Arbeiter in den letzten Jahren stark angeglichen hat, dazugerechnet werden, entsteht dieses Bild der Stabilität: 1962: 9,9 Prozent und 1970 2 Prozent; 1980: 7 Prozent. Auf der anderen Seite sind kontinuierlich ca. 70 Prozent der Absolventen in liberalen Berufen (Aerzte, Anwälte, usw.) oder als "höhere Angestellte mit leitender Funktion" tätig. In absoluten Zahlen gesehen, verzeichnet mensch hier die höchste Zunahme, d.h. dass der Studentenberg sich hauptsächlich auf diese Berufsarten abgewälzt hat; genau in diesen Arbeitsgebieten aber hat seit zwanzig Jahren der Bedarf an Hochschulabsolventen stark zugenommen, sei es seitens der Industrie, des Staates als Arbeitgeber, oder auch, vor allem für die liberalen Berufe, gesamtgesellschaftlich gesehen; dies zeigt andererseits, dass sich auch in dieser Frage in diesem Jahrhundert grundsätzlich nichts an der Funktion und Haltung des Hochschulsystems geändert hat, so dass sich die Hochschulen weiterhin dem alles bestimmenden Arbeitsmarkt anpassen, auch wenn halt zwanzig Jahre lang mehr Studenten in die Unis gelassen werden müssen. Diese Feststellung widerlegt auch die Aussage, die steigende Anzahl Hochschulabsolventen habe eine zunehmende Arbeitslosigkeit als Konsequenz: der grössere Bedarf an Uniabsolventen ist, wie auch die Arbeitslosigkeit, die kaum Akademiker betrifft, Symptom der Spezialisierung und engeren Strukturierung die, mit einigen Jahren Rückstand, nun auch in den höheren Sphären des Arbeitsmarktes erfolgt ist.

Dieser Ueberblick über wichtige Teilaspekte der Entwicklung des französischen Bildungswesens zeigt, dass die "Teiläöffnung", die vor allem im Hochschulbereich erfolgt ist, eine Verstärkung der sozialen Schichtenspezifikationen hervorgerufen hat; sie erreichte einzig eine nur minim grössere Mobilität der Individuen zwischen den sozialen Schichten. Dies mag für bewährte 68er, die noch an Institutionspromenaden und ähnliche Vorgehensarten glauben, durchaus interessant sein; interessant ist dies allerdings auch für die, die hauptsächlich am jetzigen Bildungs- und vor allem Hochschulwesen interessiert sind: für die Industrie und den Staat als Beamtenapparat, deren Bedürfnisse die Ursachen der langsamen Veränderungen (sprich Anpassungen) des Bildungssys-

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

2 Das "Bildungswesen" ist pervertiert zu einem "Selektionswesen"

Nebenbei ist es auch gelungen, mit der Differenzierung von (Aus-)Bildungsgängen eine einst aufgeklärte Bildungsidee auf eine hierarchische Gesellschaftsstruktur anzupassen:

Nachdem sich die funktionalen Unterscheidungen direkt aus den Bedürfnissen eines hochindustrialisierten, kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems ableiten, hat wohl das **"humanistische Bildungsideal"**, das sich doch so menschenfreundlich gibt und so gewissenhaft von einer kleinen Bildungs-Elite weitervererbt, gepflegt und verwahrt wird, das seine dazu beigetragen , dass es jedem (minimal gebildeten) Menschen einleuchten muss, dass die Unterscheidung von Kopf- und Handarbeit eben nicht nur eine funktionale, sondern auch eine des Niveau's und der Herrschaft ist – das ist eben so.

So werden mit den heutigen vielfältigen, parallelen und möglichst wenig verknüpften (Aus-)Bildungsgängen unseres Bildungswesens schon frühzeitig mit Hilfe feinmaschiger Selektionsmechanismen (erst vor allem implizite, wie soziale Barrieren, Finanzen ...; später viel expliziter mit Prüfungen, Leistungsdruck) die feinsten Abstufungen von gesellschaftlicher Stellung und Anerkennung, von Privilegien und Diskriminierungen vorbestimmt:

Wenn jemand die Sekundarschule im dafür vorgesehenen Alter nicht schafft, sind ihm/ihr mit "nur" Realschule für's ganze Leben viele Berufe praktisch verschlossen – aber im Vergleich zu einem/einer mit **"nur"** Oberstufenabschluss ...

So gibt es wirklich nicht mehr die 2 traditionellen Klassen, sondern 100 Klassen – und jede(r) ist noch in der besseren als ...

3 Die unterschiedlichen Interessen kommen nicht offen zur Diskussion und Auseinandersetzung

Das heutige Bildungssystem in der Schweiz ist so liberalistisch, will sagen willkürlich, strukturiert, dass es kaum durchschaubar, sicher nicht überblickbar ist:

Die kantonale Schulhoheit mit entsprechend vielen unterschiedlichen Schulsystemen, die unterschiedlichen Kompetenzabgrenzungen zwischen Bund und Kantonen in verschiedenen Bereichen des Bildungswesens, diverse Koordinationsversuche über Subventionen, Konkordate etc., Beratungsgremien mit unterschiedlichen Zuständigkeits- bzw. Interessenbereichen, halbautonome Finanzvermischelungsinstitutionen etc. etc. sind nur einige Aspekte des allgemeinen Riesen-Wirrwarr's mit der Sammelbezeichnung "Schweizerisches Bildungswesen".

In den letzten Jahren, Jahrzehnten sind auf kantonalen wie auf Bundesebene verschiedene Versuche, mit neuen Gesetzen Ueberblick und Ordnung zu schaffen, gescheitert. Vordergründig sind sie an der Unvereinbarkeit der Bildungsziele, an den unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Prioritäten, an politischer Unfähigkeit der Parlamente gescheitert.

Bei genauerem Hinsehen muss man feststellen, dass gewichtige bildungspolitisch engagierte Gruppen an einer Aenderung und Klärung des Bildungs-Wirrwarr's gar nicht interessiert sind:

– Die Bildungs-Elite ist in allen Gremien gut vertreten und besetzt in den Bildungsinstitutionen die wesentlichen Positionen.

– Die Wirtschaft delegiert ebenfalls ihre Leute in alle Gremien und hat im übrigen die nötigen finanziellen Mittel, dort zu fördern, wo es den eigenen Interessen entspricht.

– Die etablierten Partei-Heini's bzw. Heini-Parteien brauchen auch nicht um ihren Einfluss zu fürchten, da die Entscheidungen von den "richtigen Leuten am richtigen Platz" bestimmt werden – statt von der demokratischen Willensbildung.

Partialinteressen setzen sich im heutigen "System" leichter durch – gesellschaftliche Gesamtinteressen haben das Nachsehen.

4 Das öffentliche Bildungswesen wird ausgehölt

Die Wirtschaft übernimmt vermehrt "direkt verwertbare Aus-Bildung", dh. zum Teil Spezialausbildungen, die genau auf die betrieblichen Bedürfnisse abgestimmt sind, oder aber Weiterbildung für Kader, Umschulung von Rationalisierungsopfern etc., selbst.

Dies führt in den betroffenen Disziplinen des öffentlichen Bildungswesens zur weiteren Verminderung der Praxisrelevanz, der Berufsaussichten.

Karriereorientierte Aus- und Weiterbildung werden von privaten "Instituten" erfolgreich verkauft:

Bildungsgut als gewinnorientierte Investition des Einzelnen.

Allgemein- und Persönlichkeit-bildende Angebote werden in breiter Palette von privaten und zT. öffentlichen Institutionen angeboten (Migros-Clubschulen, Volkshochschule, Workshops aller Art etc.:

Bildung als "sinnvolle Freizeitbeschäftigung" – als Ergänzung zum entfremdeten Arbeitsleben.

Dem öffentlichen Bildungswesen bleibt der Rest – ein Rest, der immer irrelevanter für die gesellschaftliche Entwicklung, ihr Ueber- und Weiterleben ist, der zum Handlanger aktueller, kurzfristiger Partialinteressen degradiert, der demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung entzogen ist.

Es bleibt ein öffentliches Bildungswesen, das in den unteren Stufen der Anpassung der Menschen an die bestehenden (Macht-)Verhältnisse dient und auf den höheren Stufen sich mehr und mehr selbst ad absurbum führt.

? ?

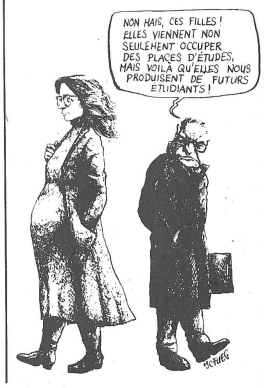
Was bedeutet das für unsere Bildungspolitik?
wenn wir immer noch und verstärkt der Meinung sind, dass Bildung für die gesamte Bevölkerung absolute Voraussetzung ist für eine einigermassen demokratische Lösung der zu erwartenden Probleme, seien sie Ernährungs-, Umwelt-, wirtschaftspolitische, soziale Probleme in unserer Welt – ja wohl für eine sinnvolle Lösung überhaupt.

ETH

Reformfieber an Bundeshochschulen

Im Rahmen des gesamten schweizerischen Hochschulwesens kommt den Eidg. Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne durch ihre direkte Abhängigkeit von der Bundesverwaltung eine gewisse Sonderstellung zu. Die gesetzliche Grundlage der ETHZ ist das Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer eidg. polytechnischen Schule vom 7. Februar 1854.

1968 sollte das Gründungsgesetz durch ein neues ETH-Gesetz ersetzt werden. Als jedoch die Gesetzesvorlage alle Reformwünsche weitgehend ignorierte und nichts als Neuerungen rein technokratischen Charakters brachte, griff der VSETH zum letzten gesetzlichen Mittel: dem Referendum; mit Erfolg: Das Gesetz wurde vom Volk abgelehnt. Stattdessen kam 1970 ein Bundesbeschluss, der, auf 5 Jahre befristet, bis zur Annahme eines neuen Gesetzes die Uebernahme der ETH Lausanne durch den Bund regeln sollte, sowie die Erprobung von Reformen ermöglichen. Inzwischen ist diese "Uebergangsregelung" (kurz UeR) bereits auf eine dritte Fünfjahresperiode (bis 1985) verlängert worden.



Während der seither vergangenen Zeit ist es dem "Oberbau" meisterhaft gelungen, den politischen Sieg der Studenten Schritt für Schritt in eine Niederlage sämtlicher fortschrittlicher Reformbestrebungen umzuwandeln.

Erst eine Petition der sonst so braven Assistentenvereinigung AVETH machte die Eidgenössischen Räte darauf aufmerksam, dass es um die Reformbestrebungen an der ETH recht im Argen stand.

Inzwischen war der Schulrat (Oberbehörde der beiden ETH) angewiesen, eine Revision nicht des Gesetzes, sondern des ETH-Reglements von 1924 vorzubereiten; eine Anpassung an die UeR (jetzt, wo diese seit 11 Jahren in Kraft ist!).

Die Tatsache, dass vor dem Gesetz die bundesrätliche Verordnung dazu revidiert werden soll, schränkt den Rahmen der möglichen Reformen von vorneherein drastisch ein, hat anderseits aber den Vorteil, einer grösseren Mitwirkung der Hochschulen selber an der Ausarbeitung der Revisionsvorlage: dh. die UeR gewährleistet, dass die Hochschulangehörigen zumindest vorher nach ihrer Meinung gefragt werden müssen. Als Vernehmlassungsinstanz sind die Organisationen der Stände sowie die Reformkommission (RK, gemischter von der UeR gewollter Debattierclub zu Hochschulfragen) vorgesehen. Das übliche Verfahren besteht aus zwei Stufen: zuerst werden allgemeine Thesen in die Vernehmlassung gegeben, dann ein ausformulierter Entwurf der betreffenden Verordnung. Angesichts der besonderen Tragweite dieses speziellen Revisionsverfahrens wurde dafür zusätzlich eine "Vorstufe" eingebaut, in welcher die Stände und vor allem die Reformkommission Zürich und Lausanne, als Sprachrohr der beiden Schulen an der Entstehung der Thesen selbst beteiligt werden sollten.

Nachdem die RK Zürich mit recht grossem Aufwand auf Grund aller ihr zugegangenen Stellungnahmen der Stände und einiger Abteilungen der WTH, einen eigenen Thesenentwurf ausgearbeitet und eingereicht hatte, bot der weitere Verlauf der Dinge zu einigem Missmut Anlass: Ohne dass einige (auf ein verbrieftes Antragsrecht der RK gestützte und zusammen mit den Thesen eingereichte) Anträge, auf Mitwirkung der RK bei allen Stufen der Reglementsrevision auch nur behandlet worden wären, setzte der Präsidialausschuss (Spitzentrio des Schulrates, bestehend aus dessen Präsidenten sowie den Präsidenten der beiden ETH) eine Juristenkommission - von recht einseitiger Zusammensetzung - ein, welche nicht etwa die Thesen der beiden Hochschulen bzw. ihre Reformkommissionen auf ihre Stichhaltigkeit überprüften und Aenderungs; bzw. Ergänzungsvorschläge vorlegten, sondern stattdessen ein eingenes Thesenlaborat, welches mit denen der RK's wenig bis nichts gemeinsam hatte. Dieses wurde vom Präsidialausschuss als viel zu umfangreich beurteilt und dementsprechend gründlich zusammengeschnitten. Uebrig blieb ein lückenhaftes Bruchstück, welches auch objektiv als Grundlage zur Ausarbeitung eines Reglementes als völlig ungeeignet erscheint. (Unter anderem bleiben wichtige Bereiche, vor allem der Forschung, völlig ausgeklammert.) Selbst der Schulrat konnte sich mit diesem Gebilde nicht recht anfreunden, aber trozdem sollen nun die Stände und die RK dazu während des laufenden Semesters eine Stellungnahme ausarbeiten.

Dies ist angesichts der in der Vorphase geleisteten Arbeit, welche ja bereits in einer umfassenden Meinungsäusserung ihren Abschluss fand, eigentlich sinnlos und dazu eine rechte Zumutung. Trotzdem werden wir es tun (müssen?).

Nach der vorgesehenen Prozedur soll das neue Reglement bis Ende 83 fertig sein. Bis dahin erwartet auch die Studenten noch ein rechter Brocken (Sisyphus-?0arbeit. Mit welchen realistischen Aussichten?

Liefert das im Hochschulbereich selbst angesiedelte Verfahren in der vorgesehenen Zeitspanne kein auch für die Oberbehörden akzeptalbles Ergebnis, so ist zu erwarten, dass uns vom Bundesrat ein in Bern entstandenes Reglement aus Juristenhand aufdiktiert wird. Das heisst, mit grösster Wahrscheinlichkeit würde die zentralistische und bürokratische Leitungstruktur weiter gefestigt und ausgebaut, ohne dass sich sonst etwas Wesentliches ändert. Eigentlich sollten alle Stände erkennen, dass dies ganz gewiss nicht in ihrem Interesse liegt.

Kommt es hingegen zu einem Kompromiss (sprich: lassen wir Studenten uns zwingen, auf fast alle unsere Forderungen zu verzichten so wird die daraus entstehende Vorlage wohl eine ähnliche Tendenz aufweisen, bzw. so verwässert sein, dass von Aenderung überhaupt nicht viel zu merken sein wird.

Bein jetzigen Stand der Dinge können wir es als einen Erfolg bezeichnen, wenn die zur Zeit auf Abteilungsebene (Fakultät) bestehende Doppelspurigkeit zwischen Abteilungsrat (paritätisch) und Abteilungskonferenz (nur Professoren) behoben wird - dis wird von verschiedener Seite gewünscht - ohne dass dabei die derzeitigen Mitsprachemöglichkeiten der Studenten effektiv herabgesetzt werden.

Lausanne

Nachdem 1970 in Lausanne die Zwangskörperschaft, einerseits auf Bestreben der Studenten weil für diese eine freiere Organisationsform Mittel zu einer Entlähmung des politischen Lebens war, andererseits aber auch wegen der passiv freudigen Haltung des Rektorats einer sich selbst zerfleischenden Studentenschaft gegenüber, aufgehoben wurde, sind heute wieder Bestrebungen im Gange, eine Zwangskörperschaft wiedereinzuführen.

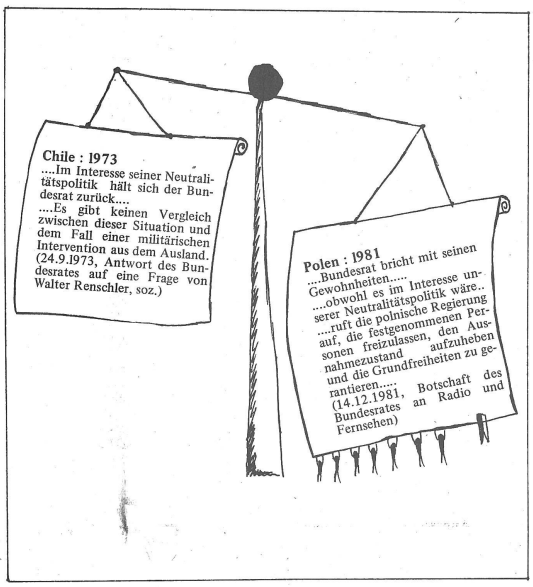
Zur Zeit funktionnieren die Fachschaften ausser der wirtschaftswissenschaftliche Fachschaft sehr schlecht, studentenpolitische Tätigkeiten gibt's so gut wie gar nicht; aus dieser Feststellung heraus kommt auch die Idee, über eine feste Struktur wie eine Zwangskörperschaft vermehrt Leute erreichen zu können; zugleich würde damit eine wirksamere Mitbestimmung angestrebt; auch wenn die Mitbestimmung im Falle einer wiedereingeführten Zwangskörperschaft kurzfristig nicht realisierbar wäre, so würden die Studenten dank dieser doch zumindest in der Uni wieder als vollwertige Gesprächspartner "akzeptiert".

BETON

Solidarität?

js. Als 2734ste Zeitung in der Schweiz bringt nun auch "das konzept" die obligate Polenseite. Nochmals dieselben tiefschürfenden Analysen über möglichst entfernte Ereignisse, von phantasievollen Redaktoren oder anderen ruhesuchenden Hochflugvögeln nach der letzten Tagesschau erdacht?
Ueber Polen wurde in den meisten Medien ausführlich spekuliert - getrauert - nachgedacht; was kann mensch hier dazu tun? Den armen Hungernden und Frierenden im kalten Polen Guetzli und Kleider schicken? Stillschweigend sich von den die vom kommunistischen Allerweltsübel unterdrückten katholischen Polen liebenswürdigsterweise unterstützenden gutchristlichen Organisationen distanzieren? "das konzept" sprach mit Jacques Eschmann, Mitglied der Partie Socialiste Ouvrier (SAP), der sich mit seiner Partei in der Schweiz wohl am stärksten um in Polen sich konretisierende Probleme gekümmert hat, über Nützlichkeit bzw. Kontraproduktivität entfremdeter Unterstützungsversuche, über mögliche Betroffenheiten Einzelner entfernten Ereignissen gegenüber, usw.

dk: *Wie kannst du bedenkenlos eine Bewegung unterstützen, deren Ziele deinen Anschauungen sowie denen deiner Partei zum Teil völlig entgegenlaufen?*
JE: *Solidarinosc ist die erste Arbeiterbewegung, die seit sechzig Jahren wieder sehr ähnliche Forderungen wie die unseren formuliert und zum Teil durchgesetzt hat, d.h. eine selbstverwaltete Gesellschaft mit Arbeiterkontrolle, Aufhebung der Privilegien, usw.; dies beinhaltet aber trotzdem eine Abschaffung des Kapitalismus, der Privatinitiative und der Konkurrenz und führt zu einer Gesellschaft, deren Grundsätze der Kollektivbesitz der Produktionsmittel sowie die Planwirtschaft bleiben. Was die Probleme mit der Kirche, die du in deiner Frage angespielt hast, betrifft, bin ich mir nicht genug im Klaren; für mich ist die polnische Kirche einerseits das Instrument, das dem polnischen Volk vierzig Jahre lang erlaubt hat, sich ausserhalb der Partei zu vereinigen und auszudrücken; daneben war sie für die Arbeit von Solidarinosc natürlich eine konstante Bremse; durch ihre ständige Kollaboration mit der Regierung war sie auch bis vor einem Jahr, als sie sich unter dem Druck der Massen zum Teil neu orientieren musste, eine Stütze der existierenden Machtstrukturen. Symptomatisch ist denn auch ihre Reaktion auf den Ausnahmezustand: zuerst nahm sie die neue Situation mehr oder weniger widerstandslos hin; sobald aber Solidarinosc zum Widerstand aufrief, folgte sie , wenn auch gemässigter, der Bewegung.*
dk: *Du hast also keine Bedenken, Solidarinosc vorbehaltlos zu unterstützen, weil die Kirche der erfolgten Machtstrukturverschiebung nur noch folgt,ohne darauf einen grossen Einfluss gewinnen zu können, sozusagen als einzig opportunes Mittel zur Selbsterhaltung.*
JE: *Ich gehe sogar viel weiter: auch wenn die Kirche hundertprozentig mit Solidarinosc fungieren würde, müsste Solidarinosc unterstützt werden, denn sie hat Vorstellungen, die meinen eigenen sehr genau entsprechen; da spielt es keine Rolle, ob Ayatollahs oder Pfärrer dahinterstecken. Was zählt sind ihre Verwirklichungen, und sie verwirklichen das sozialistische Programm. Du kannst die Kirche nicht als eigenständiges Uebel sehen; wenn eine Gesellschaft wie sie sich Solidarinosc vorstellt aufgebaut wird, ist für eine Kirche gar keine Notwendigkeit mehr da, sie verschwindet weil sie keine Funktion mehr hat.*
dk: *Aber du musst doch sehen, dass viele Mitglieder von Solidarinosc, die zwar auf gesellschaftlicher Ebene sozialistische Forderungen durchsetzen wollen, der Kirche sehr eng verbunden sind; diese Kirche ist aber gerade in Polen sehr traditionalistisch eingestellt und verhindert auf individueller Ebene jegliche Oeffnung; es gibt noch so progressive Gewerkschaftler, die in ihrem Privatleben sehr traditionalistisch eingestellt sind; kann nun ein neues Gesellschaftssystem diese traditionalistische Haltung des Einzelnen aufheben, oder ist es nicht eben diese Haltung, die längerfristig die Verwirklichung sozialistischer Grundsätze verhindern wird?*
JE: *Man muss eben Solidarinosc trotz der Kirche unterstützen; es ist deshalb auch wichtig, dass hier die Gewerkschaften und Linksparteien mit aller Kraft Solidarinosc unterstützen, um ihr zu zeigen, dass sie hauptsächlich von den Arbeitern und nicht von christlichen Kreisen unterstützt wird; in Frankreich zum Beispiel wurde der Solidaritätsstreik ausser von der CGT* (KP-nahe Gewerkschaft, red.) *von allen Gewerkschaften sowie den sozialistischen Parteien befolgt.*
dk: *damit sprichst du ein zweites Dilemma, das potentielle Teilnehmer an Solidaritätskundgebungen betreffen kann, an: die verschiedenen Medien vermitteln seit der Machtergreifung des ponischen Militärs den Eindruck einer Einheitsfront gegen die polnische Militärregierung; es wird mehr oder weniger absichtlich übersehen, dass es sich um einen Kampf für Solidarinosc, nicht gegen KP-Regimes allgemein handelt; glaubst du nicht, dass die Unterstützung Solidarinosc's, durch rechte Medien verformt, die erneuerungsfeindliche Haltung verschiedener Bevölkerungsschichten fördert, und somit vor allem rechten Kreisen nützlich ist ?*



JE: *Unser Interesse ist es, neue Ideen wie die von Solidarinosc hier in Westeuropa zu popularisieren, um zu zeigen, dass Sozialismus eben nicht diese Schweinerei ist, die dort getrieben wird. Mich stört's nocht, wenn die Bürgerlichen Solidarinosc unterstützen; aber das tun sie natürlich nicht, einerseits aus ideellen Gründen, andererseits aber auch wegen der Verschuldung Polens, die aus ihren Augen von einem straff organisierten Regime viel besser überwunden werden kann. Das muss man den Leuten zeigen.*
dk: *Aber wie soll diese Realität an die Oeffentlichkeit gelangen ? Du weisst doch genau, dass die Medien so weit manipuliert werden, dass eben doch der bürgerliche Standpunkt durchkommt.*
JE: *Natürlich, aber einerseits haben wir eigene Kommunilationsmittel wie Gewerkschaftszeitungen, Flugblätter, Aufrufe, usw., und andererseits ist es immer noch besser etwas Begrenztes zu machen als einfach stillschweigend dem Ganzen zuzusehen. Oder findest du es etwa besser, die Bürgerlichen alleine schreien zu lassen ?*
dk: *Ja, wenn man annimmt, dass die Solidaritätskundgebungen, deren Aussagen durch die Medien verformt werden, mit oder ohne Beteiligung der Linken als primär antisozialistisch empfunden werden, denn da schneidet man sich ja ins eigene Fleisch.*
JE: *Da musst du aber sehen, dass in den letzten Jahren die SAP immer breiteren Bevölkerungsteilen deutlich machen konnte, dass sie sowohl gegen Washington- wie gegen Moskautreue Diktaturen kämpft. Durch das ist es uns zum Beispiel auch gelungen, innerhalb verschiedenster Gewerkschaften glaubhaft zu werden und arbeiten zu können. Die "linksextremen Gruppen" sind nicht mehr so schwach, dass ihre Meinungen beliebig verfälscht an die Oeffentlichkeit getragen werden können.*
dk: *Du wirst also den Kampf für Solidarinosc trotz der Nebenwirkungen, die sich zu Hauptwirkungen ausdehnen können, weiterhin vorbehaltlos unterstützen ?*
JE: *Ja. Egal was für Konsequenzen das auch haben kann, Solidarinosc muss unterstützt werden, indem man Geld und Lebensmittel schickt, ihnen durch Kundgebungen und Appelle unsere Solidarität auch verdeutlicht, sie brauchen das. Andererseits ist es für uns wichtig zu zeigen, was Sozialismus sein kann, was er in Polen zum Teil geworden ist.*

Adresse in Polen für Lebensmittel, Kleider, usw - Sendungen

Zgromadzenie Siostr Ursulanek
S. Halina Rzezniczuk,
M. Wislana 2
00-317 Warszawa

Gewehre an der Uni

Mehr als 1600 Student/inn/en der Uni Zürich und der ETH protestieren gegen die militärische Besetzung der palästinensischen Universität Bir Zeit durch die israelische Armee.

DIE SCHLIESSUNG

Das Wintersemester ist futsch. Am 4.November wurde die Universität Bir Zeit von israelischen Soldaten besetzt und für zwei Monate geschlossen. Verantwortlich für diese Operation: Menachem Milson, beurlaubter Professor für arabische Literatur an der hebräischen Universität von Jersualem, Reserveoffizier der israelischen Armee, seit dem 1.November "Zivilgouverneur" über das militärisch besetzte Westjordanland. Auf seinen Amtsantritt hatte die palästinensische Bevölkerung mit Proteststreiks und Demonstrationen reagiert, den heftigsten seit einem Jahr. Denn die Einsetzung eines Zivilgouverneurs für Judäa und Samaria - so die offiziell von Israel vorgeschriebene Bezeichnung - ist nicht nur eine Verschleierung des militärischen Charakters der Besetzung, sondern auch ein weiterer Schritt zur Annexion dieser palästinensischen Gebiete. Dass auch die Student/inn/en von Bir Zeit demonstrierten, versteht sich, erfahren sie doch täglich den Terror und die Schikanen der Militärherrschaft am eigenen Leib.
Mit Tränengas und scharfen Schüssen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg reagierte die israelische Besatzungsmacht auf die Demonstrationen und provozierte so natürlich weitere Protestaktionen. Als nach drei Tagen mit Dutzenden von Verhaftungen immer noch keine Ruhe eingekehrt war, fuhren 13 Militärcamions ins idyllisch gelegene Dorf Bir Zeit (35 km nördlich Jerusalems) ein, Soldaten umstellten die Uni und liessen innert zweier Stunden räumen. Seither ist sie geschlossen - zum fünften Mal in ihrer kurzen Geschichte.

Akademische Freiheit im besetzten Gebiet ?

Seit ihrer Gründung ist diese Universität den israelischen Herrschern ein Dorn im Auge. Systematisch werden ihrer Entwicklung Steine in den Weg gelegt: Verweigerung der Arbeitsbewilligungen für Dozenten, Verzögerung von Baubewilligungen, prohibitive Gebühren und Zölle (bis 100 Prozent), Zensur universitätsinterner und Verbot ausländischer Publikationen, aber auch Verhaftungen und Folterungen von Student/inn/en sind an der Tagesordnung. Begründung: Die Universität sei eine "Brutstätte des Terrorismus", die Student/inn/en hetzten die Bevölkerung gegen Israel auf. Als ob das angesichts der ständigen Landenteignungen, Häusersprengungen, Verhaftungen und wirtschaftlicher Ausbeutung noch nötig wäre. Aber die Drahtziehertheorie ist offenbar auch hier beliebt....
Wie sehen die Verantwortlichen ihre Universität ? "Eine Universität von Palästinensern für die Palästinenser" nennt sie der seit 1974 verbannte, in Beirut im Exil lebende Rektor Hannah Nasir, der kürzlich der Universität Zürich einen Besuch abstattete. Geschichts-, Soziologie- und auch Geographievorlesungen sind hier gewiss anders als an israelischen Universitäten. Forschungsprojekte befassen sich mit der Emigration aus aus dem besetzten Gebiet und mit der Veränderung seiner Wirtschafts- und Sozialstruktur. Und dass sie einen palästinensischen Staat wollen, verschweigen die Student/inn/en natürlich nicht. Das ist aber für die extremen Zionisten Begin, Sharon und Milson schon zuviel. Wer bestreitet, dass es ein palästinensisches Volk gibt, kann auch eine palästinensische Universität nicht dulden.

WELTWEITE SOLIDARITAET

Nicht nur aus arabischen Ländern hagelte es Proteste gegen die Schliessung. Auch israelische Wissenschafter demonstrierten für die Bildungsfreiheit. Mit der Parole "Soldiers out - students in" stiegen sie in Ramallah, Jerusalem und Tel Aviv für ihre arabischen Kollegen auf die Barrikaden. Und auch in Europa will man nicht länger die Augen schliessen vor den Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten. In Zürich wurde eine Petition für die Wiedereröffnung der Uni Bir Zeit innert fünf Tagen von mehr als 1600 Hochschulangehörigen unterzeichnet.

"Was nützt das schon ?", fragten viele, die wir um ihre Unterschrift gebeten hatten. Sicher wird sich Sharon nicht über Nacht in einen Friedenspolitiker verwandeln. Aber vielleicht ist es der Regierung Begin doch langsam lästig, wenn ihre Propagandalüge von der "liberalen Besetzung" immer wieder entlarvt wird.Auch in Israel gibt es Friedenskräfte, die sich für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten einsetzen; ihnen können wir mit unserer Aktion den Rücken stärken. Am wichtigsten aber ist der Ausdruck unserer Solidarität für die betroffenen palästinensischen Student/inn/en selbst: Nur wenn sie wissen, dass sie nicht isoliert sind, können sie durchhalten bis ihr Traum verwirklicht ist: ein demokratischer Staat in Palästina.

Die Universität Bir Zeit wurde am 4.1.1982 auf Beschluss des obersten israelischen Gerichtshofes wieder geöffnet; acht der neun Mitglieder des Studentenrates der Universität stehen unter Hausarrest.

DIE UNIVERSITAET BIR ZEIT

1974 *Gründungsjahr . Hervorgegangen aus dem "Birzeit College".*
1976 *Mitglied der Vereinigung arabischer Universitäten.*
1977 *Mitglied der internationalen Vereinigung der Universitäten.*
1981 *zählte die Universität 1800 Student/inn/en (20 Prozent Frauen) in 4 Fakultäten (Arts, Commerce and Economics, Engineering, Science).*
Offizielle Universitätssprache ist Arabisch, Unterrichtssprache aber noch vorwiegend Englisch.
Bis 1985 soll die Kapazität auf 5000 Student/inn/en erweitert werden. Ein neuer Campus ist im Bau.
Finanzierung: Studiengelder (25 Prozent des Betriebsbudgets), Schenkungen, Spenden. Keine Subventionen !!

PETITIONSTEXT

Sehr geehrter Herr Sharon,
Wir protestieren gegen die Schliessung der palästinensischen Universität Bir Zeit und gegen die Verhaftung zahlreicher Dozenten und Studenten.
Die Schliessung der Universität richtet sich gegen die kulturelle Identität der Palästinenser und ist ein Verstoss gegen das in Art.26(1) der UNO-Menschenrechtserklärung garantierte Recht auf Bildung.
Wir fordern die unverzügliche Oeffnung der Universität, die Freilassung der inhaftierten Dozenten und Studenten und die Garantie der akademischen Freiheit für die Universität Bir Zeit sowie für die andern palästinensischen Bildungsinstitutionen.

Militär nicht nur in den Universitäten; hier z.B. in Ramallah, Westjordanien

Militärsteuerverweigerung

Am Samstag, den 13. Februar, 1982, von 14 - 18 Uhr, findet im Studentischen Zentrum StuZ, Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich ein Informations- und Austauschtreffen zum Thema " Militärsteuerverweigerung" statt. Das Treffen wird vom Schweizerischen Versöhnungsbund organisiert.

Viele Leute stellen heute die hemmungslose Aufrüstung in Frage und beschäftigen sich mit Möglichkeiten einer aktiven Friedenspolitik. Sie fordern die Suche nach alternativen Lösungen (Zivildienst, Friedensforschung, soziale Verteidigung). Eine Möglichkeit, diesem Protest Ausdruck zu verleihen und die Forderung nach Frieden zu unterstreichen ist die **Verweigerung des Militärpflichtersatzes und/oder 20 Prozent der Wehrsteuer** (entsprechend dem Anteil der Militärausgaben am Bundesbudget).

Eine erste kollektive Verweigerung dieser Art wurde im Februar 1972 bekannt, als 32 westschweizer Geistliche dem EMD in einem Brief mitteilten, dass sie in Zukunft jeden Dienst im Rahmen der Landesverteidigung sowie die Bezahlung des Militärpflichtersatzes verweigern werden. Sie erklärten sich jedoch bereit, "im Rahmen eines Dienstes an der Gemeinschaft" eine Organisation, "die sich für die internationale Solidarität einsetzt" finanziell zu unterstützen. (Zitate aus dem oben erwähnten Brief ans EMD vom 7. 2.72.)
1975 beteiligten sich auf Initiave des Centre Martin Luther King (CMLK, Lausanne) 120 Personen an der ersten Kampagne für die kollektive Verweigerung der Wehrsteuer und/oder des Militärpflichtersatzes. Gleichzeitig verpflichteten sie sich, den verweigerten Betrag an eine friedens- oder entwicklungspolitisch tätige Organisation zu überweisen.
1979 organisierte eine Arbeitsgruppe der IDK (Internationale der Kriegsdienstgegner) die Kampagne "Für eine aktive Friedenspolitik", als Fortsetzung der beiden vorangegangenen Aktionen. Ihr haben sich mehr als 300 Personen angeschlossen. Verweigerte Steuerbeträge in der Höhe von 10 000 Franken wurden 1980 dem HEKS (Hilfswerk der evang. Kirchen der Schweiz) für ein entwicklungspolitisches Projekt in Equador überwiesen. (Equador ist einer der grössten Waffenkunden der Schweiz.) Als Ende 1980 die Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgab, rief sie in einem Schreiben zur Bildung einer autonomen, d.h. IDK-unabhängigen Arbeitsgruppe auf. Da dies nicht geklappt hat, kam es 1981 in der Deutschschweiz zu keiner gemeinsamen Aktion. Einige Leute schlossen sich deshalb der auch 1981 durchgeführten Kampagne des CMLK an.

Welche Konsequenzen hat eine Verweigerung für mich?
Was für Aengste löst sie aus, wie werde ich damit fertig?
Wie sieht der rechtliche Ablauf aus?
Welchen Sinn hat das Ganze, wenn man ja doch betrieben wird?
Wie können wir uns gegenseitig unterstützen?

Viele von uns beschäftigen sich mit solchen Fragen. Wir möchten an diesem Treffen solche und ähnliche Fragen besprechen, Informationen weitergeben und Erfahrungen Austauschen. Zudem scheint es uns wichtig, dass auch in der deutschen Schweiz "Militärsteuerverweigerung" nicht ein Akt Einzelner ist, sondern kollektiv durchgeführt wird. Wir möchten deshalb auch über Möglichkeiten der Weiterführung einer kollektiven Verweigerungskampagne diskutieren.

(Teilnehmer am Treffen sollen sich vorannelden bei Margrit Besmer, Bleicherstrasse 47, 8953 Dietikon)

Inserat

Mit einer **kleinen** Büchse

Melroses Tea

kommst Du im **Geschmack** gross raus!

Eignet sich auch als Geschenk.
10 Sorten, u.a. Earl Grey, Jasmin, Ceylon, Keemun. Büchse zu 113 g: Fr. 4.80, Mengenrabatt bei:
Melroses Tea, Mainaustrasse 32, 8008 Zürich.

Sende mir: Name:
__ Büchsen _____
__ Büchsen _____

VINCENNES – ein Anstoss zur Demokratie(sierung)?

Die AG ALVA ('Alternatives Veranstaltungsangebot') in Zürich plant einen künstlichen Regenfall auf die ausgetrocknete, verdorrte, erstarrte und gespaltene Landschaft der praktischen und theoretischen Studienreformansätze: Mit einem **Kol-loquium** über die 1968 von der französischen Regierung als "Universität mit experimentellen Status" geschaffene Hochschule 'PARIS 8' oder eben **l'université de Vincennes**, eine der vielen Neugründungen, die die alte Sorbonne entlasten und die – im Falle von Vincennes – den Forderungen der Studentenbewegung ein Denkmal setzen sollte.
Am Kolloquium – oder am Gespräche – teilnehmen sollen Professoren, Assistenten und Studenten aus Vincennes und aus Zürich, Bern, Basel, St.Gallen, Lausanne, Genf . . .
Vincennes – "l'université ouverte" (Buchtitel 1976) oder eben "l'université assassinée" (Buchtitel 1980), das ist unsere Frage; ob und inwiefern nämlich diese 'Reform-Uni', einmal wirklich demokratisch funktioniert hat und ob sie es immer noch tut, interessiert uns, darüber hinaus aber, allgemeiner und zugleich konkreter, wie 'Demokratie' an der Hochschule praktiziert werden kann und welche Ueberlebenschancen sie hat, bzw. womit sie kämpfen muss.

Wir suchen in 'Vincennes' das Modell. Ob es das ist, auch für uns, das soll die Veranstaltung zeigen. Tatsache ist jedenfalls: Vincennes hat die umfassende Beteiligung von Personal, Studenten und Dozenten an zumindest hochschulinternen Entscheidungsprozessen und die 'Oeffnung nach aussen' (Aufnahme von non-bacheliers) wirklich praktiziert, und sie kämpft mittlerweile um's Ueberleben: gegen über den geplanten Rahmen hinauswachsende, die reformierte Organisationsstruktur sprengende Studentenzahlen und gegen gleichzeitig knapper werdende staatliche Unterstützung und Bejahung des Experiments.

Die AG ALVA ist augenblicklich daran, die Leute in Vincennes zusammenzusuchen und die Fachvereine in Zürich zu beackern. Sie sucht aber immer noch Stimmen und Personen aus der Schweiz, die das Kolloquium mitbestimmen wollen.

Bis es stattfindet – im April oder Mai, die Dozenten aus Vincennes können früher nicht – ist also noch alle Zeit zur Vor-Beschäftigung mit Vincennes Ueberlebenskampf und Zürichs, Berns, Basels. . . Geburtsproblematik.

AG ALVA c/o VSU
zHd Christoph Senn
Rämistrasse 66
8001 Zürich

SOLOTHURNER FILMTAGE

19.–24. Januar

Wochenkarte 65.- (50.- für Stud.)
Tageskarte 20.-
(15.- für Stud.)

Diskussion mit Filmern

als Film-Wurm in einen Saal sitzen

Ein Ueberblick über das Schweizer Filmjahr 1981

film, film, film.....

Veranstaltung der KfE des VSETH

Im 2. Teil des laufenden Semesters wollen wir auf das Thema im weitern Sinne zu sprechen kommen. Als Grundlage nehmen wir den Film "Septemberweizen", der in Zürich schon recht bekannt zu sein scheint, da der Hörsaal bei den beiden bisherigen Vorführungen jeweils zum Bersten voll war. Im weitern Sinn bedeutet, dass wir zwar die Probleme, die mit dem Weizenanbau und -handel zusammenhängen, besprechen werden, dass aber durchaus auch Randthemen, die vielleicht auftauchen, behandelt werden können.

Der Fim "Septemberweizen" besteht aus sieben Teilen, die verschiedene Punkte des Themas beleuchten. Wir haben nun vier Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils anhand von ein oder zwei Teilen ein bestimmtes Problem aufzeigen. Doch wir wollen uns eigentlich nicht von Anfang an auf den Film bzw. die einzelnen Teile fixieren. Sollte sich herausstellen, dass ein Teil nicht so gut zum entsprechenden Thema passt, so brauchen wir ihn nicht zu zeigen. Jede Arbeitsgruppe ist also frei, mit ihrem Thema zu verfahren, wie sie es am besten findet. Der Film dient eher als Ausgangs- und Motivationsmittel. Er ist übrigens ausgerichtet auf die USA, das Weizenexportland Nr. 1.

Die Arbeitsgruppen haben sich eben erst gebildet und sind immer froh um weitere Mitarbeiter. Wer also Lust und Zeit hat mitzumachen, telefoniere 01 256 47 22 oder komme jeweils zwischen 12 und 14 Uhr im KfE-Lesezimmer (ETH A 73) vorbei.
Hat jemand Interesse an einem Thema zu arbeiten, das nicht aufgeführt ist, aber in einem weitern Sinn dazugehört, so sind wir eben eine Arbeitsgruppe mehr.

1. Abend: 20. Januar
Themen der Arbeitsgruppe:
- Zusammenhang: Schweiz. Landwirtschaft - Europäische LWS - amerikanische LWS
- Ernteprognose, Preisbildung

Kontaktadresse: Monika Ferster 01 918 26 28

2. Abend: 27. Januar
Thema:
- Weltgetreidehandel

Kontaktadresse: Didier Pellet, Schaffhauserstr. 218 b, 8049 Zürich

3. Abend: 3. Februar
Themen:
- Weizen als politisches Druckmittel
- Nahrungsmittelhilfe
- Agrarpolitik gegenüber der 3.Welt

Kontaktadresse: Brigitte Zünd 01 251 04 14

4. Abend: 10. Februar
Thema:
- Weizen als Futtermittel

Kontaktadresse: Beatrice Winterstein 01 35 14 05

ev. 5. Abend: 17. Februar
Abschlussdiskussion aller AG's zusammen

EUROTRAIN

Die günstigste Zugsverbindung in Europa

- **Für alle bis 26 Jahre**
- **Bis 40% günstiger**
- **Über 280 Destinationen**

Alle bis zum vollendeten 26. Altersjahr sparen mit dem EUROTRAIN-Billet bis zu 40% auf vielen Bahnstrecken in ganz Europa. Ueber 280 Destinationen stehen zur Wahl. Du kannst dir deine Reisezeit selber festlegen und bist völlig unabhängig. Dein EUROTRAIN-Billet erhältst du in jeder SSR-Verkaufsstelle und über den SSR-Telefonverkauf.

Lass dir sofort den Prospekt mit allen Destinationen und Preisen zustellen.

SSR-Reisen
Reisen für junge Leute

Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, St. Gallen, Wettingen und Zürich

Bitte schickt mir gratis den EUROTRAIN-Prospekt.
Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Alter _____ Beruf _____
Coupon einsenden an: SSR-REISEN, Postfach, 8026 Zürich oder ruf einfach an, Tel. 01/242 30 00.

Die IG Velo Zürich gibt neuerdings ein Informationsblatt heraus, das alle drei Wochen erscheint. Darin findet mensch Hinweise und Mitteilungen für Velofahrer und Anregungen selbst aktiv zu werden, damit es auf unsern Strassen gemütlicher wird. 5 Franken kostet ein Jahresabo. Bestellungen bitte an
Katzenauge
Mainaustrasse 32
8008 Zürich

GENOSSENSCHAFT KUKUZ

Die WOHNGRUPPE informiert:

Die Umbauarbeiten im 1. Stock der B r a s s e r i e sind abgeschlossen

Ab sofort stehen die verschiedenen Räume (Säli, mehrere Zimmer) zur Verfügung für:

- **Veranstaltungen**
- **geschlossene Anlässe**

Bei Interesse sind auch längerfristige Vereinbarungen möglich.

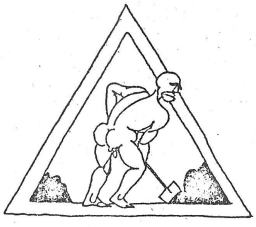
Für nähere **Informationen** wende sich mensch bitte ans **Buffet der Brasserie, Quartiergasse 19, 3013 Bern**

oder an

Tel 031 42 39 29

Mitbewohnerin gesucht

In einer Vier-Zimmerwohnung im Schönberg in Freiburg ist noch Platz frei. Wenn du Interesse hast, mit zwei Studenten zusammenzuwohnen, so melde dich bitte.
Tel 037 28 31 81
NB: Mietanteil: 250.-



Le cercle scolaire de Barberêche-Cressier cherche des moniteurs ou des monitrices pour le camp de ski des élèves de 4., 5. et 6. (10 - 13 ans).
Date: du lundi 25. 1.82 au vendredi 29. 1.82
Lieu: Im Fang (La Villette)

Les intéressé(e)s sont prié(e)s de prendre contact au

037 74 18 05
Michel Jaquier
instituteur

1785 Cressier

Welche(r) Student(in) hätte Lust, in einem Skilager einer Basler Sekundarschule als Skilehrer mitzuhelfen?
Ort: Wiler (VS)
Zeit: 17. - 23. 1.82
Bedingung: J/S-Leiter 1
Wenn du dich für dieses Lager interessierst, melde dich bei

Marianne Espen
Tel 061 73 61 91

Gesucht:
Zwei Leute:
- die gerne in einem selbstverwalteten Betrieb (Genossenschaft) arbeiten würden,
- die sich ein Jahr oder länger verpflichten können,
- die gerne verkaufen!

Komm mal vorbei im

Auladen

Place Pt. St-Jean 25
Freiburg
Tel 037 22 24 53

zu verkaufen

R 5 TL blau mét.

Jahr: 74
Frisch ab Kontrolle
3800 Fr.
081 27 20 63

A vendre

Bottes cow-boy

cuir veritable, bon état, taille 36
Prix: 60 Fr. (à discuter - à l'achat 120 Fr.)
tel 037 22 68 15
Véronique

zu verkaufen
in einwandfreiem Zustand

Staats-Lexikon

5 Bände (1926)
Herder-Verlag
Preis: 300 Fr.
Tel 037 46 34 52 ab 18 Uhr

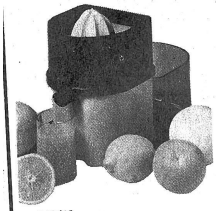
Abo ~ Talon... Seite 3

26jähriger Student mit Reiseerfahrung in aussereuropäischen Ländern sucht einen oder mehrere Reisebegleiter/innen für Lateinamerikatrip ab März/April 1982. Route und Reisedauer noch nicht festgelegt. Spreche unter anderm auch etwas Spanisch.
Meldet euch bitte bei

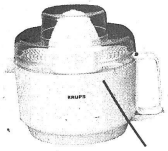
Heinz Mayer
Steinicheweg 7
8000 München 40
Telefon 089 52 20 71

Junge Frau (30) interessiert an Fragen des Zusammenlebens der Menschen, am Lesen, sucht einen interessanten, zugewandten, männlichen Gefährten für das Gespräch, das gegenseitige Interesse, die Liebe, das Weiterlernen; dem es auch nur wohl ist im unautoritären Umgang und dem die gleiche Achtung aller Menschen der Welt auch ein Anliegen ist.
Zuschriften an Chiffre lovelife 007

Art. 248/9
Turmix 132 TT
Zitruspresse mit Druckschalter, Saftbehälter mit Griff, 120 Watt, 220 Volt, KB 10 Minuten.

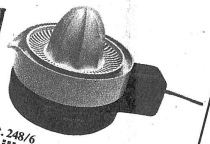


Art. 248/10
Zyliss Zitruspresse 426
Motor 60 Watt, 220 Volt mit automatischem Fruchtfleischauswurf.



Art. 248/11
Krups Pressa C 252
Steck-Bauweise für leichte Reinigung. Innenliegende Kabelaufwicklung. Motor ... Watt, Farbe: Weiss

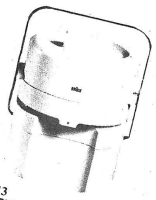
Art. 248/12
Braun MPZ-2
Zitruspresse mit Druckschaltung 60 Watt, 220 Volt. Saftablauf KB 10 Minuten, Farbe: Weiss.



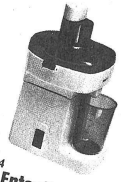
Art. 248/6
Philips Zitruspresse HR 2276
Automatische Ein-/Ausschaltung durch Druckautomatik. 250 ccm Inhalt. Einfache Bedienung. Leichte Reinigung. Max. Betriebsdauer 10 Minuten. 20 Watt.

Art. 248/7
Philips Zitruspresse HR 2275
Automatischer Ein-/Ausschalter. Abnehmbarer Saftbehälter mit Massskala bis zu 1 l. Einhandbedienung. Leichte Reinigung. Druckautomatik. 20 Watt.

Art. 248/8
Rotel Jaffa
Zitruspresse mit Druckschalter, Saftbehälter, 60 Watt, 220 Volt, KB 10 Minuten, Farbe: Gelb.



Art. 248/13
Braun MP 50
Frischsaftzentrifuge mit Stopptaste. 320 Watt, 220 Volt. Leichte Bedienung, schwingungsarm.



Art. 248/14
Philips Entsafter HR 2277
Rasch und problemlos vitaminreiche Säfte aus frischen Früchten und Gemüsen. 3 dl Saftbehälter. 1,2 m Anschlusskabel. Reinigungsbürste. 120-Watt-Motor.

Art. 248/15
Rotel Vita 56.1
Frischsaftzentrifuge mit 320-Watt-Motor, Tresterkorb nur angesteckt, dadurch einfache Handhabung. Inkl. Zitruspresseaufsatz.

Art. 248/16
Turmix 70
Frischsaftzentrifuge mit 300 Watt, 220 Volt. Vorentsaftungsfilter, schwingungsfrei. Farbe: Rot.

Art. 248/17
Turmix CP 70
Modell wie 70, jedoch mit Zitruspresseaufsatz.

«Die Anlehre wurde eingeführt, weil man aus Zitronen keinen Ananassaft pressen kann.» (Höner FDP)

40 Prozent der Mädchen, die z. B. in Schaffhausen die Sekundarschule absolviert haben, treten eine Anlehre oder Arbeitstelle an. Im Gesamtschweizerischen Durchschnitt verzichten 1/3 aller Mädchen auf eine Berufsbildung und suchen eine Anlehre oder Arbeitstelle

"Die Berufschancen der Mädchen sind besser geworden, es steht uns eine eigentliche Periode der Damenwahl bevor." (Frey FDP)

"Wenn sie (die Mädchen) ihre Ausbildung über die obligatorische Schulzeit hinaus fortsetzen, wählen sie im allgemeinen kürzere, traditionell "weibliche", weniger berufsbezogene und prestigemässig niedrigere Fächer, die ihnen kaum mehr als jeweils elementare Qualifikationen verschaffen. Im Erwerb sieben nehmen Frauen - bewusst oder unbewusst - Anstellungen an (und in Kauf), wo der Akzent auf der Jugend und zuweilen dem Aeusseren liegt: sie werden Verkäuferinnen, Hostessen, Sekretärinnen, Krankenschwestern oder akzeptieren schlecht entlöhnte Stellen in der Industrie, für die keine besondere Ausbildung nötig ist und die keinerlei Perspektiven bieten. Dieser gewisse Mangel an Ambition der Frauen ist bedingt und wird verstärkt durch die Diskrimination der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft." (Eidgenössische Frauenkommission)

"Auch der Staat ist nicht in der Lage, den bildungsmässig Benachteiligten mehr in ihre Gefässe zu füllen als sie fassen können." (Weilmann, SVP)

(Die männlichen Zitate stammen aus der Kantonsratsdebatte über die kantonale Lehrwerkstätteninitiative in Zürich)

TESSÄR

Coordinamento Studenti Ticinesi (CST)

TESSINER WEHREN SICH

Schuljahr 80/81: die tessiner Studenten der Universitäten von Genf, Lausanne, Freiburg und Zürich sowie die Studenten des liceo economico und der scuola di commercio von Bellinzona führen Versammlungen durch, und mit Briefen an den tessiner Consiglio di stato und an die Presse kündigen sie das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Studiengelder an.
Einzeln legen sie Rekurs gegen diesen Entscheid des Consiglio di stato ein; später wird einem Anwalt der Auftrag gegeben, einen Rekurs beim Bundesgericht einzureichen.

Bei den Diskussionen während den ersten Versammlungen stellt sich heraus, dass der Wunsch da ist, etwas Umfangreicheres und Vollständigeres zu unternehmen. Durch diesen Wunsch ermutigt, trifft sich im Sommer eine beachtliche Anzahl Studenten von allen oben genannten Schulen und organisiert sich, um im September den Kampf gegen das neue Gesetz aufzunehmen.
Zu diesem Zweck wird eine Vereinigung, Coordinamento Studenti Ticinesi (CST), gegründet, die sich das Ziel setzt, alle Studenten der Mittelschulen (scuole medio-superiori) und der Universitäten zu vereinigen.

Schauen wir jetzt aber die Gründe, die die Tessiner Studenten zu einem solchen Schritt veranlasst haben:

Bis zum letzten Jahr musste der tessiner Student bis September dem Erziehungsdepartement ein Gesuch um Studienbeiträge stellen, und an Weihnachten teilte man ihm den Betrag, der ihm zustand, mit. Ende Januar bekam er schon die erste Rate und im April die zweite.

Dieses Jahr dachte, obwohl man von den langen Debatten über die prekäre finanzielle Lage im Kantonsparlament wusste, niemand an eine Auswirkung auf die Studiengelder. Man wusste zwar, dass der Kanton in eine Art Sparsucht verfallen war, doch kümmerte sich in der allgemeinen Gleichgültigkeit der Studenten niemand darum.

Im Januar dieses Jahres wusste die Mehrheit der Gesuchsteller noch nichts über einen allfälligen Entscheid des zuständigen Amtes. Nur wenige Studenten wussten damals schon, wieviel sie bekommen würden. Obwohl eine Kürzung der Studiengelder offensichtlich wurde, kümmerten sich die 'Privilegierten' nicht so sehr darum.

Als im März die Mehrheit der Studenten immer noch auf den Entscheid wartete, fingen einige Studenten, die nicht gerade auf Rosen gebettet waren, an, sich Sorgen zu machen, denn diese staatliche Hilfe war für sie immerhin eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums.

Die ersten, die etwas unternahmen, waren die Uni-Studenten von Genf, die an einem Nachmittag eine Unterschriftensammlung für einen Brief an den zerstreuten Consiglio di stato improvisierten.
Daraufhin gab es eine parlamentarische Anfrage von zwei Abgeordneten, Nava (PdA) und Krähenbühl (PSA), im Kantonsparlament.

In der Zwischenzeit verschlechterte sich die finanzielle Lage einiger Studenten so sehr, dass sie auf die Unterstützung von Kameraden, Pro Juventute und universitären Sozialämtern angewiesen waren.

Ende März erhielt endlich auch ein weiterer Teil der Gesuchsteller einen Entscheid vom zuständigen Amt, während einige wenige schon die zweite Rate der Studiengelder zusammen mit einem Erklärungsschreiben erhielten. Dank diesem Schreiben wusste man endlich, was in den Köpfen unserer Politiker vorging. Nachdem sie den ganzen Sommer lang, bis in den Herbst 1980 hinein, über die Sparmöglichkeiten diskutiert hatten, hatte der Consiglio di stato dieses Frühjahr endlich beschlossen, ein neues Dekret zu verabschieden - rückwirkend auf das Schuljahr 80/81.

Doch muss man unseren Politikern zugestehen, dass sie an Schlauheit kaum zu überbieten sind, denn der Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Neuheit war sehr gut gewählt: Nachdem die Studenten 6 Monate lang in der Ungewissheit gelassen worden waren, wurde kurz vor Ferienbeginn dieses neue Gesetz bekanntgegeben, um die Reaktionen auf ein Minimum zu beschränken. Daher kann man verstehen, dass sich nur die "Genfer" Studenten organisieren konnten, um sich gegen solche unbegründeten Verspätungen und Kürzungen der Studiengelder, die eindeutig dem Recht auf das Studium widersprechen, zu wehren.
– Sonst wird immer das Recht auf ein Studium für jede(n), die/der die Fähigkeiten dazu hat, betont.

Schauen wir jetzt, was dieses neue Dekret, das in einigen Artikeln und in der Methode, wie es eingeführt wurde, im Widerspruch mit dem Schulgesetz und mit einigen wichtigen Grundsätzen des Verfassungsrechts steht, den Tessiner Studenten alles beschert:

Mit diesem Gesetz wird nur noch eine kombinierte Form von Studiengeldern möglich sein: 25 Prozent Darlehen und 75 Prozent nicht rückzahlbare Stipendien. Früher konnte man ohne weiteres reine Stipendien bekommen. Bei der heutigen Intellektuellen-Arbeitslosigkeit wird die Rückzahlung von Darlehen ein grosses Problem.
Neu kommt dazu, dass Studenten, die älter sind als 25, weiter von der Familie unterstützt werden müssen.
Doktoranden oder Studenten, die schon einige Jahre gearbeitet haben und sich so von der Familie finanziell unabhängig gemacht haben, haben nur noch Anspruch auf Darlehen.
Noch schlimmer ist die Situation für Studenten ohne Matura, die überhaupt keine Studiengelder mehr bekommen werden.

Wie schon gesagt gefährden diese von der neo-liberalen "nouvelle vague" diktierten Neuheiten das Studienrecht der finanziell und kulturell schwächeren Klasse. Diese unsere Aussage hat die Behörde ziemlich geärgert, denn prompt hat sie wie folgt geantwortet:
"–Die finanziell schwächeren Familien werden auch in Zukunft gleich viel erhalten wie in den letzten Jahren, besser noch, in einigen Fällen werden die Studiengelder noch erhöht.–"

Die Zahlen geben aber ein anderes Bild der Lage: im Jahre 79/80 hat der Kanton für 11 Mio. Franken Studiengelder verteilt, im Schuljahr 80/81 waren es lediglich 7 Mio.
Wie ist es also möglich, dass 4 Mio. bei den Studiengeldern gespart werden können, ohne die Hilfe an die Studenten zu beschneiden ?
Einerseits verneint man die Kürzungen, anderseits stehen die gleichen Leute wieder zu diesen Reduktionen. Heisst das, dass man weniger für Klientelwirtschaft und mehr für die echt bedürftigen Studenten ausgibt ? Heisst denn das vielleicht, dass Klientelwirtschaft im Erziehungsdepartement etwas Alltägliches ist ? Oder hat man das Wort "bedürftig" einfach aus dem Wortschatz gestrichen ?

Um wieder zu den Ereignissen zurückzukehren: Die "Genfer" Studenten bekamen auf eine von ihnen veröffentlichte Resolution eine sich in den Motivationen widersprechende Antwort vom Consiglio di stato. Diese Antwort wurde von der Tessiner Presse fast vollständig abgedruckt, während die Antwort der Genfer Studenten nicht auf solche Grosszügigkeit stiess.
Während den Frühlingsferien beschlossen die Tessiner Studenten von Genf, Einzelrekurse beim Consiglio di stato einzuleiten und später vielleicht auch einen Rekurs beim Bundesgericht einzureichen.

Ausserdem wurde, um ein Abklingen des Interesses zu vermeiden, eine Vollversammlung im Tessin einberufen.
Am 28. September wurde somit in Bellinzona das
Coordinamento Studenti Ticinesi (CST) gegründet, das nach Semesterbeginn in den verschiedenen Universitäten und Schulen informative Versammlungen organisierte.
Wichtig zu erwähnen ist, dass das CST sich nicht nur gegen dieses neue Dekret einsetzen will, sondern es versucht auch, ein gewisses Interesse für die soziale und kulturelle Problematik unserer Zeit bei den Tessiner Studenten zu wecken.
Nach einer allfälligen Lösung dieses Studiengeldstreites ist die Weiterexistenz des CST somit durchaus berechtigt.

Einen ersten Erfolg kann das CST aber schon heute vorweisen:
Das Bundesgericht hat unsere Beschwerde gutgeheissen: Die rückwirkende Entscheidung der Tessiner Regierung war ungesetzlich.
Man wartet jetzt nur noch auf die praktischen Auswirkungen dieses Entscheides.

CST Zürich

Fortsetzung von Seite 4

tems sind, sowie für die in diesem System Tätigen, die es vor allem als direkte und/oder indirekte Lebensgrundlage sehen.

In Holland (neuestens auch in Zürich) gibt es zwar Wissenschaftsläden, wo Bedürfnisse von Betriebsbelegschaften, Umweltschutzorganisationen, alternativen Verkehrs- und Städteplaner, Bürgergruppen, Wohnkomitees, usw., eingebracht werden können; diese Gruppen formulieren jedoch ihre Bedürfnisse vor allem im Bereich der Forschung, wo allfällige Resultate viel kurzfristiger erblickbar sind als im Bereich der Bildung, und wo deshalb diese Bedürfnisse auch eher formuliert werden können; doch auch wenn diese Formulierungen zustande kommen, bleiben die Wissenschaftsläden unter den jetzigen gesellschaftlichen Umständen uninteressant: solange die Dozenten, mit eventueller staatlicher Aufsicht, über Lehr- und Forschungsinhalte bestimmen, werden die Hochschulen nicht unbegrenzt auf die durch Wissenschaftsläden übermittelten Anfragen, Forderungen oder Interessen gesellschaftlicher Gruppen eingehen, da diese meist den gesellschaftserhaltenden Forschungsausrichtungen der Dozenten widersprechen; auch vereinzelte gegenteilige Erfahrungen aus Holland können diese Tatsache nicht verbergen.

Für Bedürfnisse die den heutigen gesellschaftlichen Umständen nicht völlig untergeordnet sind kann das existierende Bildungssystem samt allen Reformmöglichkeiten kein Weg sein.

Sollen Bildungsstätten nun wirklich für alle da sein, muss die Spaltung zwischen arbeitsmarktorientierter und personenzogener Bildung aufgehoben werden.
Dies könnte z.B. geschehen, wenn sämtliche Abschrankungen im Bildungswesen abgebaut würden, so dass die Bildungsinstitute wegen ihrer übermässigen Ausdehnung gar keinen Bezug zur jetzigen Arbeitswelt mehr haben könnten; erst dann könnte dieser Bezug wiederum von den Lernenden hergestellt werden, diesmal aber mit einer individuell empfundenen Arbeitswelt vor Augen, wo Arbeit und momentane Lustgefühle noch irgendwie zusammenhängen.

Träumen.....; na ja, träumen bringt's eigentlich nicht, und die Arbeit mit-umgegen-in institutionalisierten Systemen auch nicht; was soll mensch denn sonst noch tun ? Bleibt nur noch der Weg neben den Institutionen: jedem Individuum, jeder Gruppe ein einziger, egoistisch durchdachter Weg.....

SCHULE *mafandess*

Im Kanton Zürich laufen schon seit rund 10 Jahren Bemühungen um ein UNI-Gesetz.
Bisher sind die Universitätsbelange im Rahmen eines allgemeinen "Unterrichtsgesetzes" aus dem letzten Jahrhundert geregelt. Verständlich, dass die gesetzlichen Grundlagen der UNI daher beiweitem nicht den heutigen Bedürfnissen genügen können. Viele Neuregelungen wurden auf dem Verordnungsweg eingeführt und sind daher, mangels gesetzlicher Grundlage, jederzeit angreifbar. In diesem Sinne wurde zB. die alte studentische Zwangskörperschaft abgewürgt – es können aber auch von uns andere für das Funktionieren des heutigen Betriebes entscheidende Regelungen in Frage gestellt werden ... Von der Sache her ist jedenfalls ein Gesetz ansich dringend nötig.

Doch obwohl dem Kantonsparlament im Laufe der Jahre verschiedene Entwürfe, Initiativen, Vermittlungsinitiativen, Mini-Revisionsvorschläge vorgelegen haben, konnte sich für keinen Vorschlag eine Mehrheit finden.

Es fehlt der gesetzgeberische Rahmen für das gesamte Bildungswesen, als Diskussions- und Konsensbasis. Es fehlen verbindliche Ziele für Bildung allgemein.

Für unsere Vorstellung heisst es, eine gesamtheitliche Diskussion und Regelung des kantonalen Bildungswesens verhindern, wenn irgend ein Bereich willkürlich herausgepflückt und vorgängig fixiert wird.

Anderseits entspricht die UNI so wie sie heute funktioniert keineswegs den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen: Sie nimmt in Lehre wie Forschung sehr einseitig die Interessen von kleinen privilegierten Gruppen wahr: Bildungs-Elite, Unternehmerseite der Wirtschaft etc. – die Herkunft der meisten Studenten, vermittelte und vor allem fehlende Lehrinhalte sowie Themen und Adressaten von Forschungsprojekten belegen dies fast durchwegs.

Also suchten und suchen wir Kontakt mit anderen Leuten, die irgendwo im Bildungswesen aktiv engagiert sind – und ähnlich unter den heutigen bildungspolitischen Bedingungen leiden. Das Ziel besteht dabei darin, sich gemeinsam zu orientieren in den gegebenen bildungs- und gesellschaftspolitischen Bedingungen, sich gegenseitig zu unterstützen – statt zu konkurrenzieren.

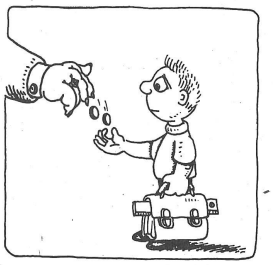
Das erste Gespräch in diesem Sinne, und an dem auch schon einige Vertreter von Gewerkschaften und anderen Bildungsbereichen teilgenommen haben, hat anfangs Dezember stattgefunden und einen recht aufgestellten Verlauf genommen.

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, das Gespräch irgendwie zusammenzufassen, dafür ist es zuwenig weit gediehen.
Es soll Sache eines nächsten Gespräches sein die Ansätze, die sich das letzte Mal gezeigt haben so zu vertiefen, dass wir auch zu konkreteren Vorstellungen vorstossen können.
Es hat sich aber schon das letzte Mal gezeigt, dass dieses Gespräch weiterführen kann.

* * *

Das nächste Mal treffen wir uns voraussichtlich am 27. Januar um 1930 im Studentischen Zentrum (Leonhardstr. 19, 8001 Zürich)

Pierrot



Sammelfrist bis Ende Februar verlängert

PETITION VSS

Im letzten Konzept berichteten wir von der Lancierung der Petition. Sie verlangt von den eidg. Räten, dass die Subventionen an die Stipendien beibehalten werden und zusätzlich ein umfassendes Rahmengesetz geschaffen wird, das die Chancengleicheit aller garantiert.
In der Zwischenyeit wurden in Zürich und in Fribourg Sammelaktionen durchgeführt und rund 2000 Unterschriften gesammelt. In Bern wird im Laufe des Januars gesammelt werden. Auch in Zürich und Fribourg will man nochmals "an d' Seck".
Die Tessiner Studenten und Mittelschüler, die auf kantonaler Ebene eine eigene Petition lancieren, werden gleichzeitig für die nationale Petition sammeln.

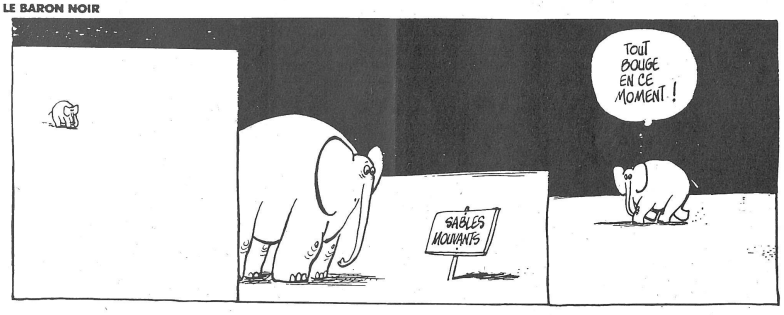
In den Kantonen Fribourg, Zürich und Aargau wurden die Mittelschulen bereits eingespannt; so findet am 17. Januar in der Kantonsschule Aarau ein Podiumsgespräch zum Thema Stipendienabbau statt. Alle anderen Mittelschulen der Schweiz werden bis Mitte Januar angeschrieben werden.
Was wir nicht wollen, ist Standespolitik betreiben, also haben wir den Kontakt zu Gewerkschaften und Parteien gesucht und gefunden: Ueber die SGB-Jugendkommission sind wir an alle Gewerkschaftsjugendgruppen gelangt. Im letzten SGB-Pressedienst stand zu lesen: "Diese Petition entspricht den Bestrebungen des SGB und wird deshalb zur Unterschrift empfohlen".
Bereits wurden in den Eidg. Räten die vorberatenden Kommissionen gebildet: eine 15-köpfige im Ständerat (Präsident: Binder, CVP Aargau) und eine 29-köpfige im Nationalrat (Präsident: Vetsch, FDP St. Gallen). Als erster Rat wird sich der Ständerat in der Frühjahrsession mit dem Thema befassen. Die Stipendienkommission des VSS wird sich an die Parlamentarier wenden, um sie von der Notwendigkeit einer umfassenden Ausbildungsfinanzierung als Aufgabe von Kantonen und Bund zu überzeugen.
Aber es genügt nicht, wenn einige Unentwegte immer wieder auf den drohenden Stipendienabbau hinweisen. Nein, alle müssen dafür kämpfen, dass das bisher erreichte nicht nur nicht verschlechtert, sondern wesentlich verbessert wird. Wir müssen solidarisch sein mit denen, die ihre Ausbildung noch nicht begonnen haben. Andere haben dafür gekämpft, dass wir Stipendien beziehen können. Jetzt ist es an uns.....

SAMMELN WIR ALLE UNTERSCHRIFTEN FUER DIE STIPENDIEN – PETITION !!!

Wer bereit ist, an einer Sammelaktion mitzumachen, oder wer selber sammeln will, melde sich:
in Zürich bei der Stipendienkommission, Tel.: 256 54 88
in Bern bei der SUB: Tel.: 23 00 03
in Fribourg bei der AGEF, Tel.: 21 92 10
oder beim VSS: 031/23 28 18

Stipendienkommission des VSS

LE BARON NOIR



! Achtung !

19. Jan. 1982
ca. 21.00
tv-SRG-CH
Renato Mazocco VSS, und andere hohe Tiere nehmen zur Subventionskürzung gegen Stipendien Stellung.

Hast du die Petition schon unterschrieben?